

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 1.30 Mk. monatlich 1.30 Mk. wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis 1.50 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlag: Berlin.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zwei bis 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 28. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Ein neuer Utopist.

Die engen Beziehungen, in die der Weltkrieg das Deutsche Reich zur Donaumonarchie gebracht, hat auch bei uns ein weit stärkeres Interesse an den eigenartigen und komplizierten Problemen Oesterreichs wachgerufen. Der Bestrebung dieses Interesses in erster Linie dient ein kürzlich erschienenes Buch unseres österreichischen Genossen Karl Renner, das aber auch abgesehen von den besonderen österreichischen Fragen die Aufmerksamkeit der deutschen sozialdemokratischen Leser in hohem Maße in Anspruch nehmen darf.*

Renner ist, wie ja auch seine früheren Schriften zeigen, ein konstruktiver Denker, das heißt er begnügt sich nicht mit der Untersuchung des Gegebenen und der Tendenzen, die sich in ihm auswirken, sondern er versenkt sich mit Liebe in die Konstruktion, in die Ausmalung der Pläne zur Reform, zur Umgestaltung, und gerade diese Geistesrichtung ist es, die seine Schriften nicht nur oft sehr anziehend, sondern gerade auch zu einer wertvollen Ergänzung der von den meisten anderen sozialistischen Autoren mit Vorliebe gepflegten analytischen Untersuchungen macht. In dieser Hinsicht hat Renner viel mit den alten Utopisten gemein. Tatsächlich ist ihm ja auch schon oft der Vorwurf des Utopismus gemacht worden. Im Vorwort seiner neuen Schrift verwahrt er sich dagegen mit dem Hinweis, daß verschiedene von ihm vorgeschlagene Reformen bereits teilweise verwirklicht seien. Aber wie wir schon gesehen haben**, kann dieser Einwand nicht überzeugend wirken, denn nicht die Unausführbarkeit gibt einem Reformprogramm den Charakter des Utopischen, sondern der Mangel einer Untersuchung der lebendigen sozialen Kräfte, die diese Reformen durchführen und ihnen Gestalt und Bedeutung verleihen sollen.

Die alten Utopisten haben uns aber nicht nur mit geistvollen Ideen zum Aufbau der neuen Gesellschaft bereichert, sondern auch mit oft äußerst scharfsinnigen Untersuchungen über die bestehende. So liefert uns auch Renner sehr scharf gezeichnete Bilder, oft bittere Kritiken auf dem Gebiete, das er sich zum besonderen Studium gewählt hat, Oesterreich. Es dürfte heute nicht viele Männer, nicht viele Politiker geben, die die so ungemein komplizierten staats- und verwaltungsrechtlichen Verhältnisse dieses Landes so genau kennen und von so hoher Barie überblicken wie er. Besonders auf dem Gebiet der Nationalitätenfragen ist Renner eine auch in bürgerlichen Kreisen immer mehr anerkannte erste Autorität. Niemand, der das so schwierige Problem der Donaumonarchie verstehen lernen will, wird an seinen Schriften vorbeigehen können, und auch sein neues Buch, eine Sammlung von Aufsätzen, die während des Krieges entstanden sind, enthält wieder eine Fülle des Anregenden und Belehrenden.

Aber auch Renner ist der Gefahr nicht entgangen, die nun einmal mit dem konstruktiven Denken innig verbunden zu sein scheint: die Freude an der Konstruktion verleitet dazu, in ihr die Hauptsache zu sehen. Was dem Autor selbst, je mehr er sich mit den Gedanken beschäftigt, um so einleuchtender, um so überzeugender erscheint, muß, glaubt er, auch auf jeden anderen ruhigen Beurteiler ähnlich wirken. Die Idee wird auf diese Weise unabhängig von den sozialen Kräften, die ihre Verwirklichung fördern oder hemmen könnten. Ihre Vortrefflichkeit, ihre Nützlichkeit für die ganze Gesellschaft ist die beste Bürgschaft für ihre Durchführung, und was sich dieser widersetzt, ist nur engstirnige Beschränktheit.

Sehr deutlich macht sich diese Denkweise bei Renner z. B. in seiner Behandlung der österreichischen Verwaltungsreform geltend. Seine Darstellung der österreichischen Verwaltungsreform und die Gegenüberstellung der englischen modernen Grafschaftsverfassung, deren demokratischer Charakter ins hellste Licht gerückt wird, bieten nicht nur dem, der Geschichte und Gegenwart Oesterreichs lernen lernen will, eine genußreiche Lektüre, sie ist auch für jeden sehr beherzigenswert, der sich für die Probleme der Verwaltung überhaupt, besonders aber für die Fragen der Demokratie interessiert.

Auch die Reformpläne, die Renner in Vorschlag bringt, besonders die von ihm stets so warm befürwortete Kreisverfassung, haben sicherlich sehr viel für sich; vergeblich aber sucht man bei ihm eine Antwort auf die Frage, ja nur die Frage selbst, welchen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen diese eigentümlichen österreichischen Verwaltungszustände ihre Entstehung und ihren Bestand verdanken. Nur wenn wir wissen, welche sozialen Kräfte diese Zustände geschaffen haben, welche an ihrer Aufrechterhaltung interessiert sind, können wir die Wahrscheinlichkeit beurteilen, daß sie geändert werden und in welchem Sinne. Insbesondere wird uns erst die Beantwortung dieser Fragen ein Urteil darüber ermöglichen, welchen Einfluß der Krieg und die sozialen und politischen Veränderungen, die er mit sich bringt und nach sich zieht, auf die österreichischen Verwaltungsverhältnisse üben wird. Auf all das geht aber Renner gar nicht ein. Vielmehr be-

gnügt er sich überraschenderweise fast ganz damit, die Schuld an diesen Zuständen der Beschränktheit, der Unfähigkeit des Ministers Schmerling zuzuschreiben. Diesem Staatsmann macht er die schwersten Vorwürfe, weil er, „der die beständige organische Weiterentwicklung des Gemeinwesens zum Gegenstand seiner Kunst“ hätte machen sollen, dessen Amt es gewesen wäre, „das Geschichtliche auch der Geschichte zu überantworten, wenn dessen Zeit um ist“, nichts anderes getan habe, als das Ständewesen modern zu drapieren. (S. 84.) Und entrüstet fährt er fort: „Zu verwundern ist freilich nicht, daß jene schmalen Gesellschaftskreise, denen in Gemeinde und Landesauschau eine vom allgemeinen Staatsleben losgelöste, staatsferne Machtosphäre eingeräumt war, diese festhielten, erweiterten und vertieften. In der Politik entscheiden eben Interessen, und jeder Zufallserfolg von gestern ist morgen erworbenes Recht.“

In diesen Sätzen allein im ganzen Buche bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß hinter den Schmerlingischen Februarpatenten sehr reelle materielle Interessen standen und nicht nur Dummheit und Kurzsichtigkeit. Es handelt sich daher heute auch nicht nur um den Entwurf zu einer Verwaltungsreform, sondern vor allem muß untersucht werden, ob jene „schmalen Gesellschaftskreise“, deren Bedürfnissen die Schmerlingische Verwaltungsorganisation entspricht, heute noch die Macht in Oesterreich besitzen, ob der Krieg diese Macht steigert oder schwächt, welche lebendigen Kräfte sich dieser Macht entgegenstellen und welche Form der Verwaltung den Interessen dieser vorwärtstrebenden Klassen oder Schichten entspricht.

Nach Renners eigener Darstellung könnte man in dieser Hinsicht recht skeptisch werden. So spricht er (S. 115) von der „unbegreiflichen Interesselosigkeit des Volkes an der Verwaltung“ in Oesterreich, und er fährt fort: „Diese stupide Indolenz wäre ein Rätsel, wenn man nicht wüßte, daß der nationale Chauvinismus unser Bürgertum so sehr in die Bande der Nartheit geschlagen und betört hat, daß es alle seine wirklichen Interessen und Pflichten vergessen und sich eine völlig talent- und richtungslos, in staatlichen und ökonomischen Dingen ganz ununterrichtete politische Führung eingewirkelt hat.“

Wo sind aber dann die lebendigen Kräfte, die das neue Oesterreich schaffen, die es mit neuem Geist befehlen sollen? „Die Diktatur“, sagt Renner (S. 23), „hat das Parlament erschlagen, der Nationalismus die Nationen, so daß am Ende nichts übrig blieb als Bureaucratie und Heer.“

Sehen wir da nicht den alternen Fourier vor uns, der auf den reichen Mann wartet, der ihm sein Musterphalanstere einrichten soll, oder den unverwundlichen Optimisten Robert Owen, der glaubte, den Fürsten Metternich und den König von Preußen für die Durchführung seiner Ideen gewinnen zu können?

Selbstamer Weise hat gerade der jetzige Krieg Genossen Renner mit neuen Hoffnungen erfüllt. Der Krieg habe zwei Überraschungen gebracht: er habe die ganz erstaunliche Nüchternheit, Mannhaftigkeit, Ausdauer und Anpassungsfähigkeit der Völker Oesterreichs erwiesen, zugleich sei aber auch „in den Nationen selbst das unmittelbare Verhältnis zu Staat und Reich unerkennbar durchgebrochen“. Besonders dieser letztere Umstand gibt Renner die frohe Zuversicht, daß „die Nationen das Gesetz eines friedlichen Zusammenlebens finden würden“. (S. 82.)

Der Standpunkt, den Renner hier einnimmt, ist einerseits bedingt durch seine Stellung zu den nationalen Problemen, auf die wir noch zurückzukommen haben werden, andererseits aber auch durch seine Einschätzung des Krieges als Kräfte der inneren Kraft der Völker und Staaten.

Der Staat ist eine Machtorganisation, die bezweckt, die Bevölkerung eines größeren oder kleineren Gebietes zur Erreichung bestimmter Ziele zusammen zu fassen und unter einheitliche Gewalt zu stellen. Welche Ziele das sind, und mit welchen Mitteln sie angestrebt werden, das hängt von der sozialen und politischen Struktur der Bevölkerung des betreffenden Gebietes ab, insbesondere von ihrer Klassenschichtung. Die Festigkeit des Staates wird dadurch bedingt, daß seine Organisation mit den wirklichen Machtverhältnissen in seinem Innern übereinstimmt. Ist dies nicht der Fall, dann besteht das Bestreben, diese Organisation zu verändern oder ganz zu vernichten.

Wenn es aber eine Zeit gibt, in der solche Tendenzen zur Untätigkeit verurteilt sind, dann ist es die Kriegszeit. Denn erstens zwingt die gemeinsame Gefahr hier die Völker und Klassen auch zu einer gewissen Gemeinsamkeit der Abwehr. Die Gegensätze müssen schon sehr stark sein, bis sich ihre politischen Vertreter entschließen, sich über diese Rücksicht auf die gemeinsame Verteidigung hinwegzusetzen. Zugleich ist aber auch die Staatsgewalt während eines Krieges mit ungleich größeren Macht- und Machtbefugnissen ausgestattet als je in Friedenszeiten, und die drohende Gefahr befeitigt alle Hemmungen störender Rücksichtnahmen. Daß ein Staatswesen während eines Krieges und solange die Regierung die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über den militärischen Apparat in Händen hat, nicht zerfällt, beweist also sehr wenig für seine innere Festigkeit. Erst wenn sich nach dem Friedensschluß die normalen Verhältnisse wieder herstellen sollen, wenn die Wunden sichtbar und fühlbar werden, die der Krieg geschlagen, und wenn zugleich die Regierung das

Schwert wieder aus der Hand legen muß, dann kann sich erst erweisen, ob die inneren Kräfte des Staates der Belastungsprobe des Krieges gewachsen waren. Es ist kein Zufall, daß die Revolutionen, die die Kriege der letzten Jahrzehnte so häufig begleiteten, stets erst zur Zeit des Friedensschlusses zum Ausdruck kamen.

Der amerikanische Botschafter zu einer Audienz ins Hauptquartier abgereist.

Berlin, 27. April. (B. L. Z.) Der amerikanische Botschafter Gerard hat sich heute abend zu einer Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser ins Große Hauptquartier begeben.

Amerikanische Stimmen gegen einen Krieg.

Frankfurt a. M., 27. April. (B. L. Z.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Der Abgeordnete Mann, der Führer der Opposition im Repräsentantenhaus, der wegen seiner Bemerkungen gegen Wilson scharf angegriffen wurde, hat eine neue Rede gegen einen Krieg gehalten, in der er sich gegen einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland erklärte. Das ganze Haus sollte ihm Beifall. — Senator Townsend, der sich bei Senator Gore's Resolution über den Lauchbootkrieg der Stimme enthalten hatte, erklärt jetzt in einer Unterredung, er sei unter den gegenwärtigen Umständen gegen einen Krieg. Diese Sinnesänderung ist offenbar auf die in Michigan, dem Heimatstaate Gores, zugunsten Henry Jords ausgefallene Abstimmung für die Präsidentschaftskandidatur zurückzuführen.

Bombenanschlag gegen die bulgarische Gesandtschaft in Athen.

Athen, 26. April. Vom Berichterstatter des B. L. Z. Die Bombe, welche auf der Treppe der bulgarischen Gesandtschaft in der Nacht zur Explosion gebracht wurde, riß ein Loch von 40 Zentimeter Tiefe und 80 Zentimeter Breite. Die Explosion war außerordentlich stark. Sämtliche Fenster der Gesandtschaft und der Häuser in der Umgebung wurden zertrümmert.

Der bulgarische Gesandte äußerte dem Vertreter des B. L. Z. gegenüber, er halte es für ausgeschlossen, daß dieser Anschlag von Griechen verübt worden sei.

Eine zweite Bombe, die nicht zur Explosion kam, ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Die Behörden treffen große Vorsichtsmaßnahmen, um neue Ruhestörungen seitens der der Entente nahestehenden Kreise zu verhindern.

Neuer Druck der Entente auf Griechenland.

Mailand, 27. April. (B. L. Z.) Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Athen hat der serbische Gesandte Stuludis auf die Notwendigkeit hingewiesen, die auf Korfu befindlichen Truppen auf den Landweg nach Saloniki zu bringen. Er bot die notwendigen sanitären Garantien an. Der französische Gesandte Guillemin und der englische Gesandte Elliot unterstützten diesen Schritt und überreichten eine Note der Verbandsmächte. Bezüglich der Truppentransporte versicherten sie, daß außer für die Zeit der Durchfahrt keine Gebietsbesetzung erfolgen werde.

Athen, 26. April. (B. L. Z.) Vom Berichterstatter des B. L. Z. Auf das Verlangen der Diplomatie der Entente, die Eisenbahn Piraeus-Varissa zur Verfügung zu stellen, hat die griechische Regierung kategorisch abgelehnt, eine solche Anfrage überhaupt zu erörtern.

Rumänien und Bulgarien.

Sofia, 27. April. (B. L. Z.) Die Finanzminister Tantschew in einer Unterredung mit einem Redakteur des „Utro“ erklärt, sind die Verhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien über ein wirtschaftliches Abkommen ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen würden auf Wunsch Rumäniens eröffnet und machten zuerst gute Fortschritte. Rumänien wünschte Saatweizen und Tabak für neun Millionen von Bulgarien zu kaufen und eine Anzahl Waggons mit von Rumänien gekauften Waren von Griechenland nach Rumänien durchzuführen zu dürfen; Bulgarien stimmte prinzipiell zu und verlangte als Gegenleistung die Auslieferung von über zweihundert Waggons mit bulgarischen Waren, welche seit langer Zeit in Rumänien festgehalten werden. Während eines ganzen Monats wartete Bulgarien vergeblich auf eine Antwort aus Bukarest. Schließlich verließ der rumänische Gesandte Derussi, welcher mit der Führung der Verhandlungen beauftragt war, Sofia mit einem Osterurlaub. Dafür traf der Direktor der Tabakregie Balabalscha hier ein, um Kanthabak zu kaufen, mußte aber ohne Ergebnis Sofia verlassen, weil er nur nehmen, nicht geben wollte. Tantschew schloß mit der Hoffnung, daß trotz der bisherigen Mißerfolge die Verhandlungen schließlich zu einem Abkommen führen würden, da die Interessen der beiden Länder die gleichen seien und Bulgarien aufrichtig befreit sei, freundschaftliche Beziehungen mit Rumänien zu pflegen.

*) „Oesterreichs Erneuerung.“ Politisch-programmatische Aufsätze. Wien 1916. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Jg. Brand u. Co. 160 S. Preis 3 Mk.

**) Vgl. den Artikel „Utopismus“ in der Nr. 112 des „Soc.“ vom

Paschitsch auf der Reise nach Petersburg.

Stockholm, 27. April. (W. Z. B.) Meldung des schwedischen Telegramm-Bureaus. Der serbische Ministerpräsident Paschitsch weilt gestern in Stockholm auf der Reise nach Petersburg. Er war vom Chef des Kabinetts des Königs von Serbien, Jankowitsch, begleitet und reiste abends ab.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 27. April. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch nachmittag. Nördlich der Aisne machten wir gestern im Laufe eines Angriffes, der uns gestattete, den kleinen Wald südlich des Waldes von Buttes zu erobern. 72 Gefangene, darunter einen Offizier und sieben Unteroffiziere. Mehrere feindliche Aufklärungsabteilungen, die versuchten, während der Nacht unsere Stellungen zu erreichen, wurden in den Abschnitten von Baisilly und Craonne durch unsere Feuer zerstreut. Westlich der Maas heftige Beschließung unserer Stellungen im Walde von Avocourt und unserer ersten Linien nördlich der Höhe 904. Westlich der Maas mittelmäßige Artillerietätigkeit. In der Woivre richtete der Feind mit großkalibrigen Geschützen eine Beschließung auf Sandumont und Nonvaux. Unsere Artillerie erwiderte kräftig. Es fand keine Infanterieaktion im Laufe der Nacht statt. In Vorbringen versuchte der Feind einen Handstreich gegen einen unserer kleinen Posten nördlich von Embermenil, wurde aber mit Verlusten zurückgeschlagen. In den Wäldern fanden vereinzelte Aufklärungsunternehmungen des Feindes in der Gegend südlich von Telles-sur-Plains statt. Wie die von uns gemachten Gefangenen selbst angeben, kostete dem Feind der gestern von ihm unternommene fruchtlose Angriff gegen unsere Stellungen von La Chapelle beträchtliche Verluste.

Flugdienst. Heute früh um 8 Uhr griff ein unserer Großkampfflugzeuge einen Zeppelin in 4000 Meter Höhe vor Bebrünge an und schoß auf ihn 10 Brandgranaten ab. Der Zeppelin schien getroffen zu sein. Zur selben Stunde vor Ostende schoß ein anderes unserer Großkampfflugzeuge mehrere Geschosse auf ein deutsches Torpedoboot ab, welches getroffen wurde. Einer unserer Flieger schoß auf einen Luftballon eines Hollers herunter, der innerhalb unserer Linien in der Nähe von Noeville nördlich Lameville abstürzte. Der feindliche Flieger wurde verwundet gefangen genommen.

Paris, 27. April. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch abend. Nördlich der Aisne heftige Beschließung der Artillerien in der Gegend von Bois des Buttes. Die Gesamtlage der von uns im Laufe des gestrigen Angriffes erzielten Gefangenen beläuft sich auf hundertfünfzig Mann, darunter vier Offiziere. Außerdem erbeuteten wir zwei Maschinengewehre und einen Bombenwerfer. In der Champagne vereinigte unsere Artillerie ihre Feuer auf feindliche Artillerieposten im Tale von La Dormoille. In den Argonnen entwickelten unsere Batterien eine umfangreiche Tätigkeit gegen deutsche Werke auf der Höhe 285 bei Vouquois und im Gefäß von Cheppy. Westlich der Maas heftiges Geschützfeuer in den Gegenden von Avocourt, Höhe 904, Eines und Mongeville. Im Abschnitt „Roter Mann“ kam es einige Male auf beiden Seiten zu Trommelfeuer. Westlich der Maas und der Woivre die ständige Tätigkeit der Artillerien. Ein weittragendes deutsches Geschütz feuerte heute morgen in der Richtung auf Barangeville und Lameville. In Vorbringen wurde ein deutscher Angriff, der gegen unsere Stellungen nördlich Genoues vorzubrechen versuchte, durch unsere Sperre Feuer kurz angehalten. Mehrere Gefangene, darunter ein Offizier, blieben in unseren Händen. Nach neuen Nachrichten muß man die von den Deutschen bei dem gestern auf unseren Korpsung bei La Chapelle erlittenen Verluste auf ungefähr tausend Mann einschätzen.

Luftkämpfe: Ein verirrtes Militärflugzeug landete heute nacht in der Gegend von Rosières an der Oise in unseren Linien. Die beiden Fliegeroffiziere wurden gefangen genommen. Ein feindliches Flugzeug stürzte unter dem Feuer unserer Ballonabwehrgeschütze brennend bei Bagatelle-Pavillon (nördlich von Bour de Paris) ab. Das gestern bei Vouquois in den feindlichen Linien abgeschützte und von unserer Artillerie zerstörte deutsche Flugzeug war von dem Leutnant Rabarre abgeschossen worden, der damit sein neuntes Flugzeug zum Abschluß gebracht hat. In der Nacht zum 26. April waren unsere Kampfflugzeuge besonders tätig. In der Gegend von Verdun wurden vierzehn Bomben auf Artillerieposten und Wälder in der Gegend von Etain abgeworfen, vier auf Wälder bei Domville, sechs auf den Bahnhof von Briandres, fünfzehn auf den Bahnhof von Conflans, sechs auf den Bahnhof von Blerie-Pont, sechs auf die Eisenwerke von Jouy in Comcourt, sechs auf den Bahnhof von Rezières und zwei auf Mettel. In der gleichen Nacht haben unsere Flugzeuge zahlreiche Beschließungen in der Gegend von Roze ausgeführt. Vierzehn Bomben wurden auf ein Munitionshaupt südlich von Villers-Carbonnel abgeworfen, was starke Explosionen feststellte. Fünf Bomben wurden auf Pont Stasch und 88 Bomben auf die Depots von Cremercy und Oracy nördlich von Roze abgeworfen. In der Nacht zum 26. April hat ein deutsches Leuchtbares Luftschiff etwa zwölf Bomben in der Gegend von Etaples, Reutin und Paris Plage abgeworfen. Zwei englische Soldaten wurden leicht verwundet. Der Saafanden ist unbedeutend.

Belgischer Bericht. Starke Artillerietätigkeit im Laufe des vormittags besonders in der Gegend von Dinant und Streinstrasse. Die heftige Beschließung war heute auf den anderen Punkten der Front von geringerer Stärke.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 27. April. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 26. April.

Westlich der Aisne: Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf die Stellungen westlich von Dinant, auf Dinant selbst und die Stellungen westlich von Votivay. Die feindliche Artillerie war in verschiedenen Abschnitten tätig. Südlich des Flusses Aisne scheiterte ein deutscher Angriffversuch. In derselben Gegend überflogen zahlreiche deutsche Flugzeuge unsere Stellungen, eines wurde beschossen und fiel in unsere Linien südlich Aisne. Luftfahrzeuge des Feindes warfen Bomben auf den Bahnhof Conzevitz (23 Kilometer südlich Einlaufe) zwischen den Bahnhöfen Baranowitsch und Laminie.

Kaukasus: Ein türkischer Angriff in Richtung Erzinjan scheiterte in unserem Feuer.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 26. April. (W. Z. B.) Kriegsbericht vom Mittwoch. Im Lagorinatal riefen feindliche Granaten in Mori einen Brand hervor, der schnell gelöscht wurde. Unsere Batterien verursachten eine Explosion in den Munitionslagern von Manzano und Romestano. Im Hoch-Cordevole wiesen wir den ständigen feindlichen Angriff gegen die vorgeschobenen Stellungen auf dem Col di Lana nordwestlich vom Gipfel ab. Rings des Flusses Artillerietätigkeit. In der Gegend von Selz (Karst) bereinigte der Feind gestern nachmittag ein heftiges Beschließungsfeuer auf die von uns am 22. abends und in

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 27. April 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Ypern nahmen wir die englischen Stellungen unter kräftiges Feuer, dessen gute Wirkung durch Patronenlöcher festgestellt wurde. Südlich von St. Eloi wurde ein härterer feindlicher Handgranatenangriff zum Scheitern gebracht.

Im Abschnitt Givendy-en-Goelle—Renville—St. Vaast sprengten wir mit Erfolg mehrere Minen, entzogen in anschließenden Handgranatenkämpfen bei Givendy dem Gegner ein Stück seines Grabens und wiesen Gegenangriffe ab.

Englische Vorstöße nördlich der Somme blieben ergebnislos.

Im Meusegebiet ist es neben heftigen Artilleriekämpfen nur links des Flusses zu Infanterietätigkeit gekommen; mit Handgranaten vorgehende französische Abteilungen wurden zurückgeschlagen.

Deutsche Patrouillenunternehmungen an mehreren Stellen der Front, so in Gegend nordöstlich von Armenières und zwischen Bailly und Craonne waren erfolgreich.

Im Luftkampf wurde je ein feindliches Flugzeug bei Couches und südlich von Tahure, durch Abwehrgeschütze ein drittes südlich von Parroy abgeschossen. Die Bahnlinie im Nohelle-Tal südlich von Suijpes wurde durch ein deutsches Flugzeuggeschwader ausgiebig mit Bomben belegt.

Heute nacht kam ein Luftschiffangriff gegen die Hafen- und Bahnanlagen von Margate an der englischen Ostküste zur Ausführung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Ein unserer Luftschiffe warf auf die Werke sowie die Hafen- und Bahnanlagen von Dänawünde Bomben ab.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Deutscher Flottenangriff auf der Doggerbank.

Amlich, Berlin, 27. April. (W. Z. B.) In der Nacht vom 26. zum 27. April wurden von Teilen unserer Vorpostenstreitkräfte auf der Doggerbank ein größeres englisches Bewachungsfahrzeug vernichtet und ein englischer Fischdampfer als Beise angebracht.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 27. April. (W. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der italienischen Front war der Artilleriekampf gestern und heute noch stellenweise sehr lebhaft.

Abends setzte gegen unsere wiedergewonnenen Gräben östlich Selz Trommelfeuer ein. Ein darauf folgender feindlicher Angriff wurde abgeschlagen. Der Monte San Michele fand nachmittags unter heftigem Feuer aller Kaliber. Am Colmauer Beckenlauf und nördlich davon wirkte unsere Artillerie kräftig gegen die italienischen Stellungen. Bei Filisich verjagten unsere Truppen den Feind aus einem Stützpunkt im Moudon-Gebiet und nahmen einen Teil der aus Mlytal beschickten Besatzung gefangen.

An der Tiroler Front ist die Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Dörfner, Feldmarschallleutnant.

Der Nacht eroberte Verschanzung und warf Infanteriemassen zum Sturm gegen die Stellung vor. Der Feind wurde teils mit schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 27. April. (W. Z. B.) Das Hauptquartier meldet vom 26. April: Von den verschiedenen Fronten ist nichts von Bedeutung zu melden.

Die Kämpfe in Aegypten.

London, 27. April. (W. Z. B.) Amlich. Die Dose Katia ist jetzt frei vom Feinde, mit Ausnahme der in Bir el Abd stehenden Kräfte. Die Türken haben ihren ständigen Vorstoß gegen Duedbar mit außerordentlich hohen Verlusten bezogen. Feindliche Flugzeuge belegten Port Said am 26. April mit Bomben, ohne Schaden anzurichten. Englische Flugzeuge griffen die Dose sehr erfolgreich an und belegten den Feind aus 400 Fuß Höhe mit Bomben und Maschinengewehrfeuer.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 27. April. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Amlich. Die norwegische Bark „Carmania“ (1843 Tonnen) wurde von einem deutschen U-Boot 55 Seemeilen von der irischen Westküste durch Geschützfeuer zum Sinken gebracht. Die Besatzung ging in die Boote. Eins davon kenterte, das andere mit dem Kapitän und 9 Mann landete an der irischen Westküste.

Anmerkung des W. Z. B.: Die Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.

Aufgefischtes französisches Flugzeug.

Haug, 27. April. (W. Z. B.) Der Schweizer Fischlogger 187 brachte ein Flugzeug mit dem französischen Farben, in dem sich ein deutscher Offizier befand. Das Flugzeug war ungefähr vierzig Meilen vor der Küste aufgenommen worden. Der Offizier hatte wegen Benzinmangels niedergehen müssen und war, als er gefunden wurde, 80 Stunden auf der See herumgetrieben.

Der Fortgang des Krieges

vom 17. bis 24. April.

Von Richard Cade.

Am 18. April ist Trapezunt in die Hände der russischen Truppen gefallen, nachdem in den Tagen vom 14. an die Türken durch die Zusammenfassung des großfürstlichen Landheeres und der Flotte des Schwarzen Meeres trotz zähen Widerstandes geworfen worden waren. Man soll die Bedeutung dieses Ereignisses nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen. Der unmittelbare Verlust der Türken scheint auch nach den Meldungen des Feindes nicht sehr groß gewesen zu sein; sie sind wohl mehr der Heereszahl und den schweren Schiffsgeschützen ausgewichen. Auch der Verlust der Stadt Trapezunt an sich ist zu verkümmern; schließlich sind ein Ort und einige Kilometer Land aufgegeben worden. Unangenehmer aber ist es, daß Trapezunt der einzige bessere Hafen der ganzen Gegend ist. Südlich der Mitte des russischen Heeres am 18. April noch immer erst 38 Kilometer über Erzerum in westlicher Richtung vorgezogen, und seitdem liegen keine Meldungen über Fortschritte des russischen Vormarsches in diesem Gebiete vor. Für unbedeutend wird man die in Armenien operierenden Heere des Großfürsten nicht halten dürfen, denn ihre Frontbreite von Trapezunt über Erzerum bis Bilsis (westlich des Man-See), wo der linke Flügel operiert, mißt in der Luftlinie 350 Kilometer. Bei Trapezunt sind sie bereits 150 Kilometer, bei Bilsis noch tiefer in türkisches Gebiet eingedrungen. Von letzterem Orte aus wollen sie bereits in südlicher Richtung Raum gewonnen haben.

Eine Einwirkung auf die Kriegslage in Mesopotamien aber haben sie weder von hier noch von Verlust aus gewonnen. Dort ist das Kriegsglück den Türken teils geschlossen. Die leichtfertige, mit echt englischer Sorglosigkeit vorgetriebene Truppe des Generals Townshend hat sich weder selbst aus der schwierigen und fast verzweifeltsten Lage retten können, in die ihre Auftragsgeber und eigenes Unglück sie gestürzt, noch durch die zahlreichen Entschärfungen der Generale Lake, Kilmier, Gortings herausgeholt werden können. Am 9. und 12. April haben sie auf dem linken, am 17., 18. und 19. auf dem rechten Tigrisufer vergebens versucht, die Türken, die die Belagerung Kut-el-Amara bedrohen, aus ihren Gräben zu werfen. In den Tagen vom 21. bis 23. April haben sie dann nochmals auf beiden Ufern einen allgemeinen Angriff versucht, der auf dem linken Ufer unter großen Verlusten zurückgeworfen wurde, auf dem rechten (südlichen) Ufer mindestens nicht durchgedrungen ist.

Auf den europäischen Kriegsschauplätzen hat sich die Kriegslage nirgends in irgendwie merklicher Weise verschoben. Auf dem Balkan herrscht an der griechischen Grenze gegen Saloniki wie seit Monaten eine Ruhe, die nur gelegentlich durch Fliegerangriffe und leichte Geschützläufe ein wenig unterbrochen wird. Ob der Transport der serbischen Truppen aus Korfu nach Saloniki durchgeführt wird, darüber liegen keine Nachrichten vor.

Auf dem nördlichen wie auf dem südlichen Kriegsschauplätzen Aufschlags haben während der Berichtswochen nur unbedeutende Geschehnisse stattgefunden. Gegen Dünaburgs Heere haben drei vergebliche Vorstöße schwacher russischer Kräfte bei Garbusowka, südwestlich Dünaburg, stattgefunden und ein ebenso unbedeutender Versuch südlich des Karotsch-See. Nichts kann dem Selbstvertrauen gleichen, mit dem unsere dortigen Truppen sich ihrer Überlegenheit über den Gegner bewusst sind und sich jedweder russischen Überlegenheit gewachsen fühlen. Auch gegen unsere Verbündeten im Südbalkan haben keine ernsthaften Unternehmungen eingesetzt.

Etwas lebhafter ist es an der italienischen Grenze zugegangen, wo die Italiener ihre Vermählungen hauptsächlich gegen Triest angewandt haben. Doch kann man nicht sagen, daß es dort zu einem Angriff großen Stils gekommen wäre; sehr bald aber persplitterte der feindliche Tätigkeitsdrang in einer Reihe britischer Angriffe ohne Zusammenhang. Hierbei hatten sie an einer Stelle einen Erfolg zu verzeichnen, insofern es ihnen am 18. April nach wiederholten, sehr blutigen Angriffen endlich glückte, die 2404 Meter hohe „Rudentuppe“ (Col di Lana) südwestlich des Berggarnepasses zu nehmen. Der Vorstoß hier zielt auf die Annäherung am Trient vom Osten her; er bedeutet kaum einen den Opfern entsprechenden Gewinn, da unsere Verbündeten im Besitz des nicht dahinter emporstrebenden Siefberges blieben und bereits am 22. April den Grat zwischen beiden Bergen wieder besetzten. Den hier liegenden Stützpunkt haben sie dann gegen wiederholte Angriffe der Italiener am 22. und 23. April behauptet.

Im Seganatal haben die Oesterreicher ihrerseits den Gegner aus seinen vorderen Stellungen verdrängt und sich am 19. April gegen dessen Rückstöße heftig behauptet. Schließlich hat er auch gegen Niba von Südwesten (Sperone) her keine weiteren Fortschritte erzielt und also eine verlorene Woche mehr zu verzeichnen. Neue Kämpfe, die noch nicht abgeschlossen sind, werden in der Gegend von Selz (nordwestlich von Monti Falcone), am Südwestende des Karstes, geführt.

Die heftigsten Kämpfe wüten immer noch im Meusegebiet, um Verdun herum, ohne daß schon eine endgültige Entscheidung erlitten wäre. Hebrigen haben sie auch hier in der Berichtswache nach Zahl und Größe nicht den Umfang der früheren Geschicklichkeit erreicht. Westlich der Maas ist unseren Truppen ein neuer Fortschritt gelungen, indem sie am 17. und 18. April südlich des Gebirgs Sandumont (westlich Douaumont) und nordwestlich des Gebirgs Divaumont französische Linien in größerer Ausdehnung erstickt und etwa 1800 ungewundene Gefangene erbeutet haben. Diefem deutschen Vordringen sind dann am 18., 19., 20., 21. und 23. April Angriffe der Franzosen gefolgt, die teilweise eine große Heftigkeit annahmen und mit größeren Kräften angeführt wurden. General Béhan ist also dem Preis der französischen Militärjournalistik nicht gefolgt, sondern hat nach wie vor mit größter Entschlossenheit jedem Stöße der Deutschen nicht einen, sondern gleich mehrere Gegenstöße folgen lassen, ohne jede Rücksicht auf die blutigen Verluste seiner Angriffstruppen. Unleugbar haben ihm bisher die dazu erforderlichen Massen von der obersten Heeresleitung zur Verfügung gestellt werden können, wie denn das deutsche Hauptquartier nachgewiesen hat, daß bisher zwischen Avocourt und Presnes an der Woivre (44 Kilometer Frontlänge) 38 französische Divisionen in den Kampf gemorfen wurden, davon 4 nach völliger Neuaufstellung zum zweiten Male. Abzuschätzen, wie lange sie das aushalten können, ist lediglich Sache der Franzosen; ich glaube nicht, daß unsere Heeresleitung über diese scharfe Angriffsart des Gegners Besorgnis empfinden wird.

Ueber die Landung von 6000 Mann in Marfelle ist an dieser Stelle nichts zu sagen; politisch ist sie ohne Zweifel nachdenkenswert, militärisch gleichgültig.

Auf Minen geraten.

Amsterdam, 27. April. (R. U.) Dem „Telegraaf“ wird aus Doel van Holland gemeldet: Das Boot „Dijze“ ist hier eingetroffen und brachte die Nachricht, daß das Dampfschiff „Maashaven“ und das Schleppboot „Nordzee“ auf eine Mine gelassen sind. Die „Maashaven“ wurde von dem Schleppboot „Nordzee“ geschleppt. Von der Mannschaft der „Nordzee“ wird der zweite Maschinist und der Steuermann berichtet. Die „Maashaven“ treibt noch, die Mannschaft hat außer dem Kapitän und dem ersten Maschinisten das Schiff verlassen. Die „Nordzee“ sank in 5 Minuten. Die „Dijze“ hat die Schiffbrüchigen aufgenommen.

Amsterdam, 27. April. (W. Z. B.) Der Dampfer „Venus“, der heute nacht in Ymuiden angekommen ist, meldet, daß er Mittwoch früh bei der Galloyer Boje drei Schiffe auf Minen laufen ließ, nämlich die Dampfer „Dulle“ und „Maashaven“ und den Schlepper „Nordzee“, der die „Maashaven“ im Schlepptau hatte. Die Besatzung der „Dulle“ war erst in die Boote gegangen,

Lehrte aber später auf das Schiff, das sich über Wasser hielt, zurück. Von dem Schlepddampfer „Roordzee“ sind zwei Mann, nämlich der zweite Maschinist und ein Heizer, ertrunken. Die übrigen wurden von dem Schlepddampfer „Doffzee“, der zusammen mit der „Roordzee“ die „Maandshaven“ schleppte, gerettet. Auch die „Maandshaven“ treibt noch.

Englische Darstellung des Flottenangriffs gegen die englische Küste.

London, 26. April. (W. Z. V.) Das Kriegsamt gibt folgenden weiteren Bericht über die Beschießung von Lowestoft und Harmouth: Die Beschießung von Lowestoft und Harmouth begann gestern früh um 4 Uhr 10 Minuten und dauerte über eine halbe Stunde. Trotz des heftigen Beschusses seitens der feindlichen Schiffe war der Schaden verhältnismäßig leicht. Ein Gefangenenheim, ein Schwimmbad, der Bier- und 40 Wohnhäuser wurden leicht beschädigt. Zwei Männer, eine Frau und ein Kind wurden getötet, drei Personen schwer und neun leicht verwundet. Das Feuer auf Harmouth wurde zur selben Zeit eröffnet. Dort wurde ein großes Gebäude durch einen Brand ernstlich und ein anderes durch Schüsse leicht beschädigt.

Blättermeldungen über den deutschen Flottenangriff.

London, 27. April. (W. Z. V.) „Daily Chronicle“ meldet aus Lowestoft, daß nur wenige Häuser bei dem feindlichen Angriff auf den Hafen eingestürzt seien. Die deutschen Schlachtschiffe hätten kaum mehr angerichtet, als die Ruinen zu hinterlassen. Die deutschen Geschosse hätten verhältnismäßig wenig Schaden verursacht. Einige seien weit im Innern des Landes bei Dulton Wood und Carlton Colville gefunden worden. Lowestoft selbst sei von höchstens 40 Geschossen getroffen worden. Die Beschießung habe mit dramatischer Blödsinnigkeit in dem Augenblick aufgehört, als das britische leichte Geschwader vom Süden erschien. — Nach einer anderen Meldung wurde die Bevölkerung bei Anbruch des Tages vom Donner der Geschosse geweckt. Man sah fünf Kreuzer mit der Küste zugewandten Breitseiten andampfen. In zehn Meilen Entfernung schossen sie ihre volle Ladung ab. Jedes Schiff gab mindestens 10 Salven ab, im ganzen wurden 100 Projektilen abgefeuert, darunter einige von 12 Zoll; viele flogen über die Stadt hinweg. Die Bewohner suchten in allen möglichen Deckungsplätzen Schutz. Der meiste Schaden wurde im Arbeiterviertel angerichtet. Nach dem Vollzeigericht sind in Lowestoft vier Menschen der Beschießung zum Opfer gefallen. Der Schaden beschränkt sich darauf, daß Geschäfte und Häuser zerstört wurden.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ gaben die deutschen Kriegsschiffe auf die sich nähernden englischen ein heftiges Feuer ab und dampften dann nach Osten weg. Als der deutsche Admiral bemerkte, daß die britischen Streitkräfte schwächer seien als seine eigenen, ließ er seine Schiffe wieder wenden. Der Allseher erwartete jeden Augenblick, daß die britischen Schiffe vernichtet werden würden; es ging ein wahrer Regen von Projektilen auf sie nieder. Auf beiden Seiten wurden Treffer erzielt. Die See war durch die Bewegung der Schiffe und durch die Explosionen der Granaten in einen solchen Kolk gebracht, daß sie ganz mit Schaum bedeckt war. Plötzlich habe man gesehen, wie sich dem Norden in rasender Fahrt ein Wasserflugzeug näherte, das offenbar eine Meldung brachte, denn gleich darauf seien die Deutschen mit großer Geschwindigkeit nach Osten und Norden weggefahren.

Der Aufruhr in Dublin.

London, 26. April. (W. Z. V.) Reutermeldung. Im Oberhause sagte Lord Lansdowne am 24.: Nachdem die Russen einen Angriff auf das Dubliner Schloß gemacht hatten, besetzten sie St. Stephens Green und leisteten den Truppen, als diese in ihre Kasernen zurückkehren wollten, Widerstand. Sie feuerten auf die Truppen von den Dächern, besetzten das Postamt und zwei Bahnhöfe und schnitten die Telegraphendrähte durch. In der Provinz blieb im allgemeinen alles ruhig. Die Regierung erfuhr telegraphisch, daß Liberty Hall, das Hauptquartier der Sinnfeind-Partei, teilweise zerstört und jetzt von Truppen besetzt ist. Ein geschlossener Kordon von Truppen ist um das Zentrum von Dublin nördlich vom Flusse aufgezogen, und einige Bataillone sind heute mittag aus England angekommen.

Tralee (Irland), 22. April. (W. Z. V.) Reutermeldung. Ein Gerichtsbeamter und ein Postbeamter wurden Freitag nacht in Tralee unter der Auflage der Verschönerung und der Unterstutzung der Waffeneinfuhr aus Irland verhaftet. Die Verhaftung hängt mit der Verschönerung eines Bootes mit einer Ladung von Waffen und Munition in der Bucht von Tralee zusammen. Man glaubt, daß die Waffen für die Freiwilligen der Sinn Fein bestimmt waren. Ein Mann unbekannter Nationalität wurde bei dem Boot verhaftet und nach Dublin gebracht.

Rotterdam, 26. April. (W. Z. V.) „Times“ schreibt im Leitartikel über die „Klasse Regierung Irlands durch den Staatssekretär Birrell“, den das Blatt für die Unruhe verantwortlich macht, das seien die Früchte der Versöhnlichkeit, die die Regierung gegenüber der Bewegung der Sinn Fein und der Propaganda gegen die Werbung bewiesen hat.

Die liberale Presse richtet dagegen ihre Anklagen gegen Carson, dessen Agitation in Ulster alle anderen extremen Richtungen in Irland notwendig beeinflussen mußte. „Daily Telegraph“ schreibt: Birrell war, als er gestern im Unterhause die Fragen beantwortete, ganz blaß, sehr nervös und konnte sich unter dem Kreuzfeuer der Fragen kaum behaupten.

„Times“ sagt, die Regierung solle verhindern, daß sich in Amerika falsche Vorstellungen über die Vorgänge in Irland bilden. Sie solle daher den amerikanischen Korrespondenten erlauben, nach Irland zu gehen, um unbeeinträchtigt durch die Zensur nach Hause zu berichten.

Roger Casement an der irischen Küste gefangengenommen.

Amsterdam, 27. April. (W. Z. V.) Die Londoner „Daily Mail“ meldet, daß Sir Roger Casement, der nach einer Mitteilung der englischen Admiralität an der irischen Küste gefangengenommen wurde, nach London in den Tower gebracht worden ist, wo er die Zelle inne hat, in der Hans Lohb vor seiner Erschießung war. Die englische Regierung will Sir Roger Casement in London den Prozeß machen.

Keine Dienstpflicht für Irland.

London, 27. April. (W. Z. V.) Das Pressebureau meldet: Die Antwort, die Premierminister Asquith in der Geheimnisung des Unterhauses am Mittwoch auf eine Anfrage Carsons gab, zeigte, daß die Vorschläge der Regierung auf Erweiterung der militärischen Dienstpflicht in Irland nicht zur Anwendung kommen sollen.

Englische Strömungen.

In den Osterfeiertagen hat die Jahreskonferenz der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.) stattgefunden. Wir wissen (außer den kurzen Meldungen des W. Z. V.) noch nichts über den Verlauf der Tagung, da uns Berichte aus den kriegsführenden Ländern nicht so schnell erreichen wie in friedlichen Zeiten, aber wir dürfen annehmen, daß sich die Delegierten der Unabhängigen Arbeiterpartei anscheinend vor allem mit der Frage beschäftigt haben, wie die Friedenspropaganda in England intensiver und umfassender noch als bisher gestaltet werden kann; das scharfe Vorgehen der Regierung gegen die Arbeiterüber am Ende und die drohende Erweiterung der Dienstpflicht werden weiter Gegenstand der Verhandlungen gewesen sein.

Die Krise des englischen Kabinetts ist ja keineswegs, wie von den Teleorphenbureaus verkündet wurde, gelöst. Sie ist vertagt, aber sie existiert noch, und man wird sich die Frage vorlegen müssen, ob sie überhaupt im Kriege gelöst werden kann. Die mit der Leitung der Kriegsoptionen betrauten Männer verlangen mehr Soldaten. Die liberalen Mitglieder der Regierung mit Ausnahme von Lord George Curzon aber nur im äußersten Falle ihre Zustimmung zur Ausdehnung der Dienstpflicht auf die Verheirateten geben; es widerspricht der englischen Tradition, die verheirateten Männer zum Wehrdienst zu zwingen. Sieht sich die Regierung dennoch genötigt, eine entsprechende Vorlage im Unterhause einzubringen, so muß sie sich auf heftige Kämpfe im Parlament selbst und auch auf wachsenden Widerstand im Lande gefaßt machen. Schon jetzt herrscht eine ziemlich unzufriedene Stimmung unter den zum Wehrdienst eingezogenen Männern, und die Organisation der No-Conscription-Fellowship (Verbrüderung gegen die Dienstpflicht) sowie die auf einen baldigen und dauernden Frieden hinarbeitenden Verbände wachsen zusehends an Kraft und Umfang.

Am 8. und 9. April tagte in London, im Hauptquartier der Gesellschaft der Freunde, die Bruderschaft gegen die Dienstpflicht, und die Verhandlungen zeichneten sich durch große Sachlichkeit und Ernst aus, und man sagte klar heraus, daß man nur solche Männer als Mitglieder aufnehmen wünsche, die aus tiefen sittlichen Gründen die Dienstpflicht ablehnen. Zwei Fälle aus der Ansprache des Vorsitzenden Clifford Allen, selbst einer, der sich weigert, der Dienstpflicht zu genügen, geben am besten den Sinn der Bewegung wieder. Clifford Allen sagte in seiner recht lesenswerten Rede: „Was ist unsere Alternative zur Dienstpflicht? Es ist keine Refraktionskampagne. Es ist nicht das Freiwilligenystem. Wir haben eine Alternative zur Dienstpflicht, und das ist, daß dieses Land sofort in Friedensverhandlungen eintreten sollte.“

Und später: „Welches ist die Lage im gegenwärtigen Augenblick? Das ganze Europa ist in den Krieg verwickelt. Staatsmänner, Dichter, gelehrte Männer, Wissenschaftler, Diener der Religion, alle sagen, der Krieg ist Recht und muß fortgesetzt werden. Aber ungeachtet dieser Tatsache haben junge Männer gegenüber dieser Gemeinwohlmeinung der Meinung erklärt, daß, was sie betrifft, der Krieg Unrecht ist, und daß sie nicht daran teilnehmen werden.“

Bergarbeiterbewegung in Schottland.

Die schottischen Bergarbeiter erklärten sich laut „Daily Telegraph“ vom 21. April mit der ihnen durch das Schiedsgericht zuerkannten Lohnerhöhung von 8 Pence täglich nicht zufrieden und verlangen jetzt eine weitere Gehaltserhöhung von 1 Schilling pro Tag.

Amerikanische Forderungen an England.

New York, 24. April. (Funkspruch des Vertreters von W. Z. V.) Der Internationale Nachrichtenbericht aus Washington: Auf Ersuchen des Amerikanischen Roten Kreuzes hat das Staatsdepartement durch Kabeltelegramm bei der Britischen Regierung darauf gedrungen, daß für Lazarettbedürfnisse aus Amerika die Einfuhr nach den Mittelmächten freigegeben werde; man sagt, die amerikanische Regierung drängt, diese Sache scharf zu betreiben.

Ein Washingtoner Depesche der „New York Sun“ besagt: Die Streitfrage mit Deutschland wegen Verletzung des Völkerrechts ist derartig, daß die amerikanische Klage gegen England nicht betreiben werden wird, bis eine Verständigung mit Deutschland erreicht worden ist; wenn die deutschen Unterseeboote zur Anpassung an die Forderungen des Völkerrechts gebracht sind, dann wird das Staatsdepartement Freiheit haben, mit seiner Klage gegen England vorzugehen.

Politische Uebersicht.

Nur ruhig Blut!

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Ein neuer Prosektor Germania“ eine Zuschrift, die sich gewaltig darüber aufregt, daß die bisherigen Ausführungen unserer Presse über die amerikanische Note sich durch eine „merkwürdige Gefassenheit“ auszeichnen.

Merkwürdig bestreuen, weil auch wir gutmütigen und geduldigen Deutschen in unserem überlieferten Sprachgebrauch keinen anderen als hahnbüchene Unverschämtheit dafür finden können, wenn ein sol-discher neutraler Staat — für ein unwahres Verhältnis sind französische Bezeichnungen noch nie vor erlaubt — wenn also ein solcher sich erdreistet, uns Deutschen nach wanzig Monaten unerhörter Anstrengungen und Erfolge zuammuten, daß wir auf unsere gefährlichste Waffe im Kampfe mit England verzichten sollen. Daß darüber kein einziges deutsches Blatt in Harnisch gerät, ist um so auffälliger, als z. B. unsere Presse ganz harmlos nachdrückt, daß sogar eine unbeteiligte Zeitung, die „Verner Tagwacht“, die „Geringfügigkeit und unverschämte Drohung“ in Herrn Wilsons Pronunciamento — für Umbildungen eines solchen Pathos sind italienische Bezeichnungen am geeignetsten — durchaus zutreffend hervorhebt.

Die „Verner Tagwacht“ wird nicht wenig erstaunt sein, in der feindlichen „Kreuzzeitung“ als Kronzeuge für die „hahnbüchene Unverschämtheit“ der Vereinigten Staaten zu figurieren. Noch mehr aber wird der simple deutsche Leser staunen, denn seit Jahr und Tag die „Deutscheinblicklichkeit“ der „Verner Tagwacht“ in den schwärzesten Farben geschildert worden ist. Dieser Leser wird unverbundenen Gemüts — sicherlich die Frage aufwerfen, weshalb gerade jetzt das resolute Urteil unserer Presse war, als Nachfertigung für das bisher kein Raum in der deutschen Presse war, als Nachfertigung dafür dienen soll, daß an Stelle der „merkwürdigen Gefassenheit“ unserer Presse die „hahnbüchene Unverschämtheit“ der Zuschrift in der „Kreuzzeitung“ treten soll.

Eine Reklamierentensteuer.

Justizrat Bamberger, der bekannte Verfechter einer durchgreifenden Erbschaftsteuer und des Gebrauchs des Reiches, macht, nachdem er kürzlich eine Kriegserbschaftsteuer gefordert, in der „Täglichen Rundschau“ den Vorschlag, eine Reklamierentensteuer einzuführen. Er begründet seinen Steuervorschlag folgendermaßen:

Bei der Behandlung dieser Frage ist wohl bedacht, daß die Zurückstellung von Reklamierenten durchaus nicht immer ihren Wünschen entspricht und viele es vorziehen würden, dem Vaterlande mit der Waffe zu dienen. Aber die Zurückgestellten genießen doch tatsächlich den Vorzug vor den Kämpfern, daß ihr Leben und ihre Gesundheit von den Gefahren verschont bleiben, die der Krieg mit sich bringt. Damit sind unbestreitbar bedeutende finanzielle Vorteile für sie selbst und ihre Familienangehörigen verbunden. Diese Vorteile auf der einen, die Nachteile auf der anderen Seite, ein wenig auszugleichen, ist der Zweck der Reklamierentensteuer. Ihr Ertrag ist nicht zu unterschätzen. Denn die Zahl der Reklamierenten ist groß. Mit es doch, die Verwaltung eines Reiches von 67 Millionen, Gewerbe, Handel, Industrie, Finanz, Bergbau, Schifffahrt, Landwirtschaft möglichst ohne Störung fortzuführen und daneben die Millionen Streiter des Heeres und der Marine in allen Bedürfnissen des Lebens und der Kriegsführung zu versorgen. In einem Bezirk, der zwei Städte und zwei Landkreise mit rund 100 000 Einwohnern umfaßt, beträgt die Zahl der Reklamierenten 4000, also 4 Proz. Wenn man dieses Ergebnis allgemein als Maßstab anlegen darf, so beläuft sich die Zahl der Reklamierenten in Deutschland bei 67 Millionen Einwohnern auf 2 680 000 Personen. Bei einem Durchschnittslohn von 100 M. würde die Reklamierentensteuer 268 Millionen für das Jahr ergeben. Nun kann eine Kopfsteuer freilich nicht in Betracht kommen, schon um bedenklichen nicht, weil die Dauer der Befreiung von der Reklamierentensteuer verschieden bemittelt und es ungerathen wäre, den auf ein halbes Jahr zurückgestellt wird, mit demselben Betrage heranzuziehen, wie den, der auf ein ganzes Jahr zurückgestellt wird. Billig erachtet es vielmehr, wenn die Abgabe in Form eines Zuschlags zur Einkommensteuer erhoben wird. Wiederholte möchte ich empfehlen, bei den Einkommen über 3000 M. mit einem Zuschlag von 50 Proz. einzulegen, der sich für jede weitere 1000 M. um 5 Proz. bis zu 100 Proz. erhebt. Bei geringer Kinderzahl erscheint eine Abtufung dahin angebracht, daß der Zuschlag, der weniger als vier Kinder hat, für jedes an der Zahl fehlende Kind einen Zuschlag von 5 Proz. entrichtet. Jungegefallen mögen angesichts ihrer größeren steuerlichen Leistungsfähigkeit den dreifachen Betrag der Steuer mit 150 Proz. abgeben.

Die Erhebung von Kriegsteuern zu verschieben, etwa bis auf den Friedensschluß, wäre ebenso nachteilig für die Reichskasse, wie ungerathen gegen die Steuerpflichtigen. Kriegsteuern müssen im Kriege erhoben werden, und zwar so schnell wie möglich.

Preistreiberei auf allen Gebieten.

Die Seefische sind im Preise enorm gestiegen, sie sind jetzt teurer als wie das Fleisch in Friedenszeiten. Wie wenig diese Preiserhöhung begründet ist, das geht aus folgender Schilderung der „Deutschen Fischkorrespondenz“ hervor:

Der Sprottenfang in der Danziger Bucht ist seit so lohnend gewesen, wie in diesem Winter. Seit Dezember vorigen Jahres sind alle Fischereifahrzeuge in Gela und an der pommerischen Küste und viele fremde Fischer und Händler beim Einbringen und Verfrachten der Fänge beschäftigt; bis zu 1000 Jentnern wurden an guten Tagen gefangen, und einige Kutter brachten es auf Tagesfänge von 100 Jentnern. In einem einzigen, besonders günstigen Tage wurde in Gela eine Beute von 1050 Jentnern im Werte von 28 000 M. eingebracht. Der Gesamtwert der Fänge bis Ende Februar wird auf 850 000 M. geschätzt. So kam es, daß der Preis für den Jentner frischer Seeringe in Gela allmählich auf 12 M. sank, das Pfund also 12 Pf. kostete.

An anderen Plätzen werden, wie das erwähnte Fachblatt feststellt, für das Pfund Sprotten 1,40 bis 1,80 M. verlangt. In den Großstädten sind diese Fische natürlich noch teurer.

Landtagswahlwahl.

Bosen, 27. April. (W. Z. V.) Die heutige Landtagswahlwahl im Wahlkreise Roglino-Wongrowitz-Juin ergab die einstimmige Wiederwahl des Abgeordneten Dr. Wolff-Gorli (I.)

Wiesbaden, 27. April. (W. Z. V.) Die Rheinische Volkszeitung meldet: Bei der heutigen Landtagswahlwahl im Wahlkreise Limburg an der Lahn ist anstelle des zurückgetretenen Geheimrats Gehendly der Generalsekretär Herkenrath (Zentrum) einstimmig gewählt worden.

Das bremische Budget abgelehnt.

Am Mittwoch gelangte in der bremischen Bürgerchaft der Haushaltsplan für April 1916 bis März 1917 zur Beratung. Die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion stimmte gegen das Budget; im vorigen Jahre hatte sie für das Budget gestimmt, weil darin auch die Gelder für die bremische Kriegsfürsorge enthalten waren. Diese Budgetzustimmung erfuhr in einigen bremischen Parteiversammlungen, die jedoch noch nicht zum Schluß gekommen sind, scharfe Kritik, und da angenommen ist, daß eine eingelaufene Mißbilligungsresolution in der Versammlung Annahme finden wird, beschloß die Fraktion, zur Budgetablehnung zurückzutreten.

Genosse Rhein kritisierte in der Bürgerchaft scharf das auf neun Monate Gefängnis lautende Urteil gegen den Genossen Sünke, das die Bremer Strafkammer im Sommer 1915 fällte, weil dieser Genosse ein anonymes Flugblatt gegen den Krieg verbreitet hatte. Bis auf einige wenige Tage, die man ihm erteilte, da er einem Bestallungsbefehl Folge leisten mußte, hat Genosse Sünke die Strafe bereits verbüßt. Für den Inhalt des Flugblattes lehnte Genosse Rhein namens der Sozialdemokratie jede Verantwortung ab.

Letzte Nachrichten.

Englische Meldung über Wilsons Haltung.

London, 27. April. (W. Z. V.) „Daily News“ melden aus Washington, daß das Staatsdepartement die Korrespondenten der Blätter vor übertriebenem Optimismus warnte. Der Präsident ordnete heute die Aufstellung eines Industrieausfusses für den Fall eines Krieges und eine Untersuchung an, ob Heilig Tag und Villa von deutscher Seite unterstützt würden.

Einberufung der Verheirateten in England.

London, 27. April. (W. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die verheirateten Männer im Alter von 28—35 Jahren wurden für den 29. Mai unter die Fahnen gerufen.

Französische Flugzeuge über der Schweiz.

Bern, 27. April. (W. Z. V.) Das Pressebureau des Schweizerischen Anzeigers teilt mit: Heute um 12,35 Uhr und 1,05 Uhr überflog je ein französischer Biplane die Schweizer Grenze bei Veunneffin (Schweiz) um 1—2 Kilometer und kehrte nach etwa 2 Minuten wieder um. Die französischen Abgänger an den Flugzeugen wurden deutlich erkannt. Unsere Truppen haben beide Flugzeuge beschossen.

Austausch der Schwerverwundeten.

Bern, 27. April. (W. Z. V.) Die der „Bund“ erzählt, wird nach dem 1. Mai der Austausch schwerverwundeter Gefangener wieder aufgenommen werden. 10 000 schwerverwundete französische und 3000 deutsche Krieger sollen wieder in die Heimat zurückbefördert werden.

Gewerkschaftliches.

Kriegsnotgesetze und Arbeitslosigkeit der Frauen.

Trotz der erheblichen Zunahme von weiblichen Beschäftigten, die nun schon seit Anfang des Jahres 1915 nur mit Ausnahme des vorjährigen Dezember durch die Nachweirungen der Krankenkassen festgesetzt bleibt, bleibt das Ueberangebot von weiblichen Arbeitskräften immer gleich hoch und die Hoffnung auf eine endlich eintretende Verminderung der weiblichen Arbeitslosen will sich nicht verwirklichen. Man braucht nur die Andrangsziffern der Arbeitsnachweise verfolgen, so findet man, daß der Andrang von weiblichen Arbeitslosen zu den Arbeitsnachweisen in den beiden Monaten Januar und Februar 1916 ebenso stark war als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Noch deutlicher aber wird die Arbeitslosigkeit unter den Arbeiterinnen beleuchtet, wenn die von den Gewerkschaften in der Kriegszeit ermittelten Arbeitslosenziffern angeführt und denen eines guten Konjunkturjahres gegenübergestellt werden. Es ergibt sich dann folgendes Bild. Von je 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos im Jahre:

	1911		1914		1915		1916	
Ende	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Januar	2,7	1,2	5,0	2,4	5,8	11,1	1,4	8,2
Februar	2,8	1,2	3,9	2,1	4,5	9,4	1,5	9,7
März	1,9	1,0	2,9	1,9	2,6	8,3	—	—
April	1,8	1,2	2,9	1,7	1,9	9,1	—	—
Mai	1,6	1,8	2,8	2,6	1,7	10,0	—	—
Juni	1,6	1,8	2,5	2,6	1,4	9,1	—	—
Juli	1,6	1,5	2,9	8,4	1,4	9,7	—	—
August	1,9	1,5	21,2	32,4	1,4	9,9	—	—
September	1,7	1,8	14,5	24,8	1,2	10,0	—	—
Oktober	1,8	1,1	9,9	18,5	1,0	10,0	—	—
November	1,8	1,0	7,4	14,3	1,4	8,5	—	—
Dezember	2,4	2,2	6,4	12,9	1,5	7,8	—	—

Diese große und andauernde Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen, die im Vergleich zum Jahre 1911 eine ganz außerordentliche und seit Jahresfrist um das fünf- bis zehnfache größer ist, als die der Männer, ist zweifellos zu einem guten Teil auf die bei Kriegsausbruch erfolgte teilweise Aufhebung der Arbeiterjahrsbestimmungen für Weibliche und Jugendliche zurückzuführen. Dadurch können die Unternehmer auf besonderen Antrag hin Frauen und Mädchen weit über die in normalen Zeiten gesetzlich zulässige Grenze und über das ihnen gesundheitlich zuträglich Maß beschäftigen. Daß dies natürlich auch in weitestgehendem Maße von den Unternehmern ausgenutzt wurde und noch wird, ist natürlich; steigert sich doch dadurch der Unternehmensgewinn in noch höherem Maße.

Die Erlaubnis zur Außertrafflegung der gesetzlichen Vorschriften für eine längere Beschäftigung von Arbeiterinnen lag bisher schon nicht im gesundheitlichen Interesse der Arbeiterinnen. Nachdem aber feststeht, daß die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiterinnen nicht zurückgeht, ja sogar in der Metallindustrie nach den Berichten des Metallarbeiterverbandes noch gestiegen ist, wäre es dringend angebracht, sämtliche Arbeiterjahrsbestimmungen, die ja sowieso notwendig genug sind, wieder in Kraft treten zu lassen. Es hat deshalb das Bureau der sozialdemokratischen Frauen und das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission

der Gewerkschaften Deutschlands eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der sie unter Angabe von Gründen die Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914 und die Einführung des Achtstundentages für Frauen, mindestens für die in der Schwerindustrie beschäftigten weiblichen Personen, eruchen. Bei diesen Verhandlungen wird es sich zeigen, ob die Regierung ernstlich gewillt ist, den durchaus berechtigten Wünschen der gewerblichen Arbeiterinnen Rechnung zu tragen.

Berlin und Umgegend.

2500 Mark auf einen Stiel!

Vor der Schlichtungskommission klagte Kunze auf Nachzahlung gegen die Unternehmer Krause und Kloster. Der Zwischenmeister Jaser hatte für die beiden Hosen gemacht. Die beiden haben je 15 Pf. pro Hose eingesteckt. Der eine hat 70 Pf. bekommen und sie für 55 an Kloster weitergegeben und dieser übertrug sie zur Herstellung dem genannten Zwischenmeister Jaser für 40 Pf. Die Hosen waren für das Bekleidungsamt Stettin. Kunze führte aus: Die beiden Unternehmer haben 80 Pf. Verdienst pro Hose eingesteckt, ohne einen Finger gerührt zu haben. Seit November verführe nun schon die Schlichtungskommission, die Firma herbei zu zitiere, was ihr jetzt gelungen sei.

Die Beklagten erhoben den Verjährungsantrag. Magistratsrat v. Schulz: „Sie haben 80 Pf. pro Hose eingesteckt für nichts und wieder nichts und kommen mit solchem Einwand. Das ist aber stark. Uebrigens gibt es für Negregbeflagte keinen Verjährungseinwand.“

Das Gericht verurteilte die Beklagten zur Nachzahlung an den Schneiderverband in Höhe von 2500 Mark. Der letzte Arbeiter hatte 52 1/2 Pf. zu erhalten.

Die Herren erklärten hinterher noch, Verurteilung einzulegen zu wollen. Sie mußten sich bekehren lassen, daß es hiergegen keine Verurteilungsmöglichkeit gibt.

Die Akten dieser Klagesache werden dem Oberkommando übermittle.

In einer Reihe von anderen Klagen konnten noch mehr oder weniger große Summen für die klagenden Arbeiterinnen herausgeholt werden.

Der Berliner Arbeitsmarkt.

Die Zahl der bei 88 Verbänden der freien Gewerkschaften ermittelten Arbeitslosen ist in der Woche vom 10. bis zum 17. April von 2028 auf 2068 d. i. um 35 oder 1,73 Proz. gestiegen. Einer Zunahme um 80 arbeitslose Buchbinder, die auf Entlassungen von nur vorübergehend Beschäftigten zurückzuführen ist, steht eine Abnahme um die gleiche Anzahl Holzarbeiter — nach auswärts entsandte Bautischer — gegenüber. Die Veränderungen bei den sonstigen Verbänden sind nur geringfügiger Art.

Die Zahl der beim Arbeitsnachweis Berliner Metallindustrieller gemeldeten offenen Stellen sank gegenüber der Vorwoche von 914 auf 728, die der Vermittlungen von 737 auf 560. Reichliche Beschäftigungsmöglichkeit bietet sich noch infolge von Heereslieferungen für Kochmacher. Im Baugewerbe herrscht noch immer Stillstand; die Zahl der gemeldeten Neu- und Umbauten ist gering. Im graphischen Gewerbe hatten Lithographen, Stein- und Buchdrucker reichlich zu tun; infolge mangelnder Arbeitskräfte waren teilweise Ueberstunden nötig.

Im Handelsgewerbe hat die Lage für kaufmännische weibliche Angestellte keine Änderung erfahren. Günstig ist die Lage des Arbeitsmarktes für technische Beamte.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist die Verschlechterung der Lage besonders auf die Einschränkung der in Heimarbeit vergebenen Aufträge zurückzuführen.

Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen Groß-Berlins betrug die Zahl der vermittelten männlichen Stellen 2424 gegen 2646 der Vorwoche, die der weiblichen 2464 (2695). An offenen Stellen waren für

männliche Arbeitskräfte 2774 (3269), für weibliche 2753 (3025) vorhanden. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen stellte sich auf 8828 (8725), die der weiblichen auf 8807 (4198).

Deutsches Reich.

Bauarbeiterstreik in Köln.

Nachdem schon am 18. April bei einer Kölner Baufirma ein Streik ausgebrochen ist, haben am 25. April die Arbeiter von drei weiteren Firmen die Arbeit niedergelegt. Es streikten bisher 160 Mann. Mit anderen Firmen wird noch wegen der Teuerungszulage verhandelt. Falls sie nicht zum Ziele führen, wird auch dort die Arbeitseinstellung erfolgen. Für die Arbeitseinstellungen kommen bei dem Daniederliegen der Bautätigkeit nur industrielle, staatliche und kommunale Bauten in Frage.

Die Wirkung der Zuckerbeschränkung in der Dresdener Schokoladenindustrie.

Dresden ist neben der Zigarettenindustrie auch auf dem Gebiete der Zuckerverarbeitung auf dem deutschen Markte tonangebend. Einer großen Anzahl von Arbeitskräften ist nun durch die Beschränkung des Zuckerverbrauchs die Arbeitsgelegenheit genommen worden. Schon sind viele Entlassungen zu verzeichnen, denen noch weitere folgen werden. Eine große Zahl der Beschäftigten arbeitet mit beschränkter Arbeitszeit. 84 Betriebe beschäftigen von früher 6933 nur noch 4959 Personen. Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren hat schon frühzeitig gegen die Entlassungen Stellung genommen. Er beantragte beim Stadtrate, er möge beim Fabrikantenverbande für die Vermeidung der Entlassungen und für Arbeitsbeschränkung bei vollem Lohn wirken. Den Entlassenen aber eine auskömmliche Unterstüzung aus städtischen Mitteln gewähren. Mit dem Fabrikantenverband wurde verhandelt und es wurden wegen der Arbeitszeitverkürzung befriedigende Ergebnisse erzielt. Der Rat konnte sich aber trotz Verantwortung der Stadtverordneten zur Vereinstellung von Mitteln für die Unterstüzung der Arbeitslosen nicht aufschwingen. Inzwischen sind noch viele Entlassungen erfolgt und es sind immer noch weitere zu erwarten. Die städtischen Behörden und die Regierung werden bei den einschneidenden Folgen der Zuckerbeschränkung schließlich nicht anders können, als den arbeitslosen Schokoladenarbeitern und Arbeiterinnen ebenso wie den Textilarbeitern eine laufende Unterstüzung zuzubilligen, wenn große Unzufriedenheit, Not und Elend vermieden werden soll.

Ausland.

Für die Arbeitsruhe am 1. Mai.

Aus Rom wird uns geschrieben: Die Konföderation der Arbeit hatte, mit Rücksicht auf die ausnahmweisen Zustände, unter denen in diesem Jahre das Fest der Arbeit begangen wird, bekanntgegeben, daß die Pflicht der Arbeitsruhe für die Werkstätten nicht gilt, die den Militärbetrieben gleichgestellt sind. Dieser Beschluß entsprang dem Wunsche, der organisierten Arbeiterklasse schwere Konflikte und zweifelhafte Opfer zu ersparen. Der Zentralverband der Metallarbeiter, deren Mitglieder hauptsächlich für die militärischen Betriebe in Betracht kommen, hat nun beschlossen, sich an die Militärbehörde mit dem Antrage zu wenden, am 30. April, einem Sonntage, die Betriebe in Tätigkeit zu erhalten und sie am 1. Mai ruhen zu lassen. Die Antwort der Behörde ist noch nicht bekannt. In Genua haben die Tramwaybesitzer, im Gegensatz zu den früheren Jahren am 1. Mai den Betrieb nicht einzustellen und ihren Tagelohn den Institutionen für die Kriegshilfe zuzuwenden, falls die Gesellschaft ihrerseits bereit ist, den nach Abzug der Löhne übrig bleibenden Teil der Einnahmen gleichfalls für diesen Zweck auszuwerfen.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: **Marla Stuart.**
Sonnab.: Die grüne Flöte (Ballett).
Vorher: Die Lästigen.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Hiernauf: Ballett.
Volksbühne. Theater a. B. S. W. Pl.
8 Uhr: Die Moltenburger.
Dir. Meinhard-Bornauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: Ein Traumspiel.
Komödienhaus
8 Uhr: Der siebente Tag.
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/2 Uhr: Peer Gynt. Musik v. Grieg.
Sonnabend und Sonntag:
Die Troerinnen.
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die selige Exzellenz.
URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Von den Rokitnosumpfen zum Narozsee.
Hörnsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Donath:
Die neue deutsche Sommerzeit.

Luisen-Theater
8.15 Uhr:
Das Mädchen aus der Fremde
Sonnabend 4 Uhr:
Sonntag 8 Uhr:
Fügensmädchen.
Ich lasse dich nicht.
Walhalla-Theater.
Freitag 8 Uhr abends:
Das Glück am Rhein.
Sonntagab.: Die Förster-Christl.
Rose-Theater.
Von Stufe zu Stufe.
In Vorbereitung: Grigri.

Circus Busch
Tägl. 8, Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr:
Riesenerfolg
ergibt die neue Glanz-Pantomime:
Ostern
vom Germanentum b. s. Reuzell.
Vorher: Das großartige Varietè-
Programm und glänzliche Spiele.
Possen-Theater
Linienstraße a. d. Friedrichstraße.
Täglich 8 1/2:
Na so was!
Gannell & Co.
mit Leonhard Hasel
und Siegfried Barisch.

Singer
unübertroffen
Ueber
die Vorteile
verlange man
unzweifelhaft
Singer Läden
überall

Casino-Theater
Vothbringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr.
Nur noch ganz kurze Zeit: Das sug-
traffliche Volksstück Onkels Testament od.
Die Vogelschenke.
Vorher: Erstklassige Spezialitäten.
Sonntag 4 Uhr: Was machst du?
Im Rat eine neue Berliner Woffe.

Theater für Freitag, den 28. April.
Deutsches Opernhaus Charlottb.
8 Uhr: **Der Freischütz.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gedr. **Herrnfeld-Theater**
8 Uhr: **Der Schlemihl.**
Schluß dieser Spielzeit 30. April.
Wiedereröffn. (25. Spielj.): 15. Juli.
Kleines Theater.
8 Uhr: **Logierbesuch.**
Komische Oper.
8 Uhr: **Der Favorit.** Operetten-
neuheit.
Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria
Theresia).
Sonntag 8 Uhr: **Wiener Blut.**
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: **Der selige Balduin**

Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: **Der Gatte des Fräuleins.**
Residenz-Theater
8 1/2 U.: **Loge No. 7** mit Henry
Bender.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Romeo und Julia.**
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Mutter Thiele.**
Thalia-Theater.
8 Uhr: **Blondinehen.**
Theater am Nollendorfpf.
8 1/2 U.: **Immer feste druff!**
Theater des Westens
8 Uhr: **Das Fräulein vom Amt**
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8 1/2 U.: **Die beiden Meyers.**

WINTERGARTEN
Elsa und Berta
Wiesenthal
„Arizona“
Das Mädchen mit den
Schicksalsaugen
Varietè-Operette von
Gilbert
sowie der
glänzende
April-Spielplan.
Ermäßigte Preise!
Voigt-Theater.
Badstr. 56. Badstr. 58.
Freitag, den 28. Apr. 1916:
Das Liebesparadies.
Orig.-Musik-Operette v. Wall. Gerede.
Sonntag 3 Uhr: **Das Verle.**
25 Rom.: Lorbeerbaum u. Bettelstab
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Palast
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 U.
Nur noch 3 Tage!
Das höchste Kleinod
von Otto Reutter.
Bernh. Mühlitz — Otto Röhr
Zirkus im Theater usw.
Ein Programm sondergleichen!
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum vorletzten Male:
„Die von der
Emden.“
Anfang 8 Uhr.
für Militärper-
sonen freier
Eintritt zu den
Stett. Sängern.

Admiralspalast.
Das neue Eisballett
Frau Fantasie.
8 1/2 Uhr. 2, 3, 4 H.
Lebenverdienst.
Suche mir lobende Branche an-
zugliedern, gleichviel welcher Art, so-
gar chemische. Zahlte belagte Be-
schluge sehr gut. Karte auch einfache
Erfindungen. Hieron zunächst nur
Grundgedanken mitteilen. 142/13

Jährlich Tausend Zentner
Viehfutter vom Morgen.
Einmal gepflanzt, 30 Jahre
lang abzurufen. „Edel-
Comfrey“ das beste Viehfutter
der Welt. Schmachhaft nahr-
haftes Futter für Schweine,
Pferde, Rinder, Schafe,
Kaninchen, Hühner, Enten
und Gänse. Eine Verbilligung
der gesamten Viehhaltung.
Achtmal im Jahre abzurufen!
Jeder Landwirt sollte wenig-
stens ein kleines Versuchs-
stück mit Comfrey anpflanzen.
Die Erträge werden geradezu
verblüffen. Man steht wie vor
einem Wunder. Es hat wohl
noch nie eine Futterpflanze
existiert, die derart ungeheure
Futtermengen hervorbringt.
„Was hätten wir“, berichten
die Landwirte in Ost- und
Westpreußen, „jetzt im Kriege
mit unserem Vieh anfangen
sollen, wenn wir keine
Comfrey gehabt hätten. Com-
frey hat uns das Vieh erhalten.
Von der Deutschen Landwirt-
schaftsgesellschaft auf das
dringendste zum Anbau emp-
fohlen. Das beste Hühner-
futter! 100 Stecklinge 1,75 M.,
200 Stecklinge 2,85 M., 500
Stück 5 M., 1000 Stück 8 M.,
3000 Stück 20 M.— Die Aufträge
werden der Reihe nach, in
der sie eingehen, ausgeführt,
jedoch — weil Neuheit — nur
soweit, wie das vorhandene
Pflanzenmaterial hergibt. Ver-
bindlich ist dieses Angebot
bis 13. Mai. Blumengärtnerreisen
Peterstein-Erfurt, Lieferanten für
Se. Majestät den Deutschen Kaiser.
Jetzt noch sehr billig:
Gemüsesämereien, Rosen,
Obstbäume, Beerensträucher,
Erdbeerpflanzen. — Haupt-
katalog umsonst.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute wie alle Tage: **GROSSES KONZERT.**
Berliner Konzerthaus-Orchester Leiter: Komponist
Franz v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 9 Uhr.
Montag, den 1. Mai cr.: **Gr. Doppelkonzert** zum Besten des
im Felde stehenden 7. Garde-Inf.-Reg. u. des Res.-Inf.-Reg. Nr. 93.

Der echte
Kapitän-Kautabak
wird erfrischend und belebend im Preise, zu haben in den meisten
Geschäften. (N. Dosen dabei! umsonst.)
C. Rüder, Berlin, Grüner Weg 111 (Rgt. 3861).

Möbelfabrik Lange,
Großbarian 1. E.
Münzen- und RobBall
Münzenhandlung
Berlin, Wilhelm-Strasse 46/47.

Central-Haus Jägerstr. 13!
Conc. Lohhaus
Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neuföln. Inskatenteil verantw. Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 1 Beilage u. UnterhaltungsbL
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.

Zur Beruhigung Heinrich Cunows.

Der Leitartikel Heinrich Cunows im „Vorwärts“ vom 28. April, der sich mit meiner Abstimmung in der Budgetkommission zum Antrag über die Erbschaftsteuer befaßt, erbringt so wenig Sachliches von irgend welcher Bedeutung und befaßt so wenig mit Bezug auf die von mir dargelegte Begründung meiner Abstimmung, daß ich mich nicht veranlaßt fühlen könnte, auf ihn etwas zu erwidern, wenn Cunow nicht den offensichtlichsten Mangel an beweiskräftigen Gründen dadurch zu erweisen suchte, daß er meine Beweggründe verdächtigt. Nach seiner Darstellung habe mich zu meiner Haltung der Wunsch bestimmt, „radikaler als die alte sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu scheinen“ und „ganz besonders aber die Rücksicht auf die Gangeschiedenen innerhalb und außerhalb der Arbeitsgemeinschaft“. Soll heißen: die Furcht vor Angriffen aus der Gruppe „Spartacus“. Für diese ebenso abgemackte wie unwürdige Unterstellung erbringt Cunow auch nicht die Spur eines Beweises. Sie ist vollständig aus der Luft gegriffen und kann auch nur auf Leute Eindruck machen, die mich nicht kennen. Wer mich nur einigermaßen kennt, weiß auch, daß mir nichts ferner liegt, als der Wunsch, um jeden Preis radikal zu erscheinen, daß ich aber in den Fragen der Finanz- und Steuerpolitik von jeher starke Grundzüge vertreten habe, die mich wiederholt mit unsern Gemäßigten in Widerpruch gebracht haben. Es sei nur aus der Zeit vor dem Kriege an meine Abstimmung über den Wehrbeitrag von 1913 erinnert. Auch damals habe ich die Steuerpolitik der Fraktionsmehrheit nicht mitmachen können. Es erschien mir ein unhaltbarer Standpunkt, für einen Zweck, den die Partei mit der größten Entschiedenheit bekämpft hatte, die Mittel zu bewilligen, bloß weil es „eine so schöne Steuer“ war.

Im übrigen straft die Tatsache, daß ich in der Steuerkommission bei der Verhandlung über die Frachtturkundensteuer, in der Budgetkommission bei der Verhandlung über die Kriegsgewinnsteuer und über den Wehrbeitrag mit den Mitgliedern der alten Fraktion in Reden und in der Abstimmung Gemeinschaft gehalten, bei der Verhandlung über die Erbschaftsteuer aber Sorge getragen habe, ausdrücklich festzustellen, daß ich grundsätzlich durchaus mit ihnen übereinstimme, das Cunowsche Verstehen von der „Sucht, radikal zu scheinen“, zur Genüge lügt. Nichts wäre ja z. B. leichter gewesen, als die Anträge der alten Fraktion hinsichtlich der Kriegsgewinnsteuer noch zu überbieten. Die Forderung höherer Steuerfüße, als von ihr verlangt wurden, hätte sich sehr gut begründen lassen. Wäre es mir darauf angekommen, radikal zu scheinen als die alte Fraktion, so war hier eine viel günstigere Gelegenheit dazu gegeben als bei der Erbschaftsteuer. Und doch kam es mir nicht bei, von ihr Gebrauch zu machen. Je öfter die Arbeitsgemeinschaft mit der alten Fraktion an einem Strange ziehen kann, um so lieber soll es mir sein.

Berlin-Schöneberg, 26. April.

Ed. Bernstein.

Ein Siebzigjähriger.

Wilhelm Voß wird heute 70 Jahre alt. Im Leben des rastlosen unerschrockenen Kämpfers für die Organisierung der Arbeiter und für ihre Einheit auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet spiegelt sich die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wider.

Wilhelm Voß wurde am 28. April 1846 zu Groß-Breitenbach in Thüringen geboren. Seine in dürftigen Verhältnissen lebenden Eltern schickten ihn in die dortige Dorfschule und gaben ihn bei einem Schuhmacher in Arnstadt in die Lehre. Nach vollendeter vierjähriger Lehrzeit ging der junge Schuhmacher in die Fremde. Er arbeitete unter anderem in Magdeburg, dann in Hamburg. Mächtig lebte in ihm der Drang nach Bildung und nach Hebung der Arbeiter, deren traurige Lage er auch im eigenen Leben oft spüren mußte. Ein eiserner Fleiß beehrte ihn, die reichen Gaben seines Talentes der Allgemeinheit dienstbar zu machen. Mit Eifer benutzte er seine arbeitslose Zeit und die freien Abende seiner Selbsttätigkeit während seines fünfjährigen Aufenthaltes in Hamburg, um in den dortigen Bibliotheken zu studieren. Lebendig wurde in ihm das Bewußtsein: die Arbeit muß organisiert werden; der Organisation der Arbeiter muß die Organisierung der Arbeiter vorangehen, sie müssen als Ganzes sich fühlen, einheitlich sich organisieren und gewerkschaftlich und politisch tätig sein, um soziale Freiheit zu erringen. Dies der Leitgedanke, dem er allen Schwierigkeiten und Verfolgungen zum Trotz mit reichem Erfolge sein Leben hindurch nachstrebte. Insbesondere der Bekanntschaft mit Geiß veranlaßte ihn, sich im Jahre 1868 dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (den Lassalleanern) anzuschließen. Im Jahre 1869 kam Voß nach Gotha als Lassalleaner. Lebhaft waren damals die Fehden zwischen Lassalleanern und Eisenachern. Dem nach Einheit oder durch gemeinsames Ziel zusammengehaltenen Arbeiter strebenden jungen Mann war aller persönlicher Zwist unter den Arbeitern und der Arbeiterbewegung gegenüber. Freie Aussprache, hoffte er, müsse zur Einheit der Arbeiter führen, deren wirtschaftliche und politische Notwendigkeit ihm ins Herz und in den Verstand gegraben war. Den freien Meinungsaustrausch, die notwendige Vorbedingung zu einer Einigung, sah er damals bei den Lassalleanern durch deren damalige Zeitung bedroht, die diktatorisch weniger eine Einigung der Arbeiter als ihre Unterwerfung unter die Macht einiger Führer anzustreben schien und einer demokratischen Grundlage widerstrebte. Er trat in Gotha zu den Eisenachern (Arbeiter-Wildungsbund) über. Unablässig aber wirkte er mit eiserner Energie für die Verschmelzung beider Richtungen innerhalb der Arbeiter.

Zunächst auf dem gewerkschaftlichen Gebiet. Die gewerkschaftliche Bewegung war nicht minder wie die politische zerrissen. Die Gewerkschaften führten nur ein Scheinleben. Voß gehörte der Internationalen Schuhmachergewerkschaft (Eisenacher Richtung) an, trat aber schon im Jahre 1872 öffentlich für Verschmelzung dieser Gewerkschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Schuhmacherverein (Lassalleaner-Richtung) ein. Er rief im „Vollkorn“ am 1. Oktober 1872 die Schuhmacher auf, auf dem in Aussicht genommenen Allgemeinen Schuhmacherkongreß, allen eigensichtigen und Sonderbestrebungen die Spitze abzubrechen und dahin zu wirken, daß uns alle ein gemeinsames Band umschließe. Im Jahre 1878 wurde Voß zum Präsidenten

der Internationalen Schuhmachergewerkschaft gewählt und deren Sitz nach Gotha verlegt. Der Berliner Kongreß im Jahre 1878 brachte die erlebte Einigung noch nicht, arbeitete ihr aber ein gutes Stück vor. Die Auflösung der politischen und gewerkschaftlichen Vereine, die Staatsanwalt Lessing auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes durchsetzte, wirkte ungewollt nach derselben Richtung. Im Jahre 1874 wurde der Allgemeine Deutsche Schuhmacherverein behördlich aufgelöst. Auch der Internationalen Schuhmachergewerkschaft wollte man den Garauß machen: dem Beschid ihres Präsidenten war es zu danken, daß dieser Veruch bei den Gothaer Behörden mißlang. Die Einigung wurde auf dem Schuhmacherkongreß in Koburg (16.-18. Mai 1876) nach einem glänzenden Referat Voßs Wirklichkeit. Voß wurde zum Präsidenten der geeinigten Gewerkschaften gewählt. Die Schuhmachergewerkschaft nahm einen prächtigen Aufschwung. Sie versiel aber am 2. November 1878 auf Grund des Sozialistengesetzes der Auflösung. Voß patierte diesen Schlag zunächst durch eine geschickte und erfolgreiche Auforderung zur Gründung von lokalen Fachvereinen. Dann hob er im August 1888 auf dem Schuhmacherkongreß den „Unterstützungs-Verein deutscher Schuhmacher“ aus der Taufe. Heute steht der „Verein der Schuhmacher Deutschlands“ als endgültiger Nachfolger aller dieser Organisationsbestrebungen festgesetzt als Organisation aller Schuhmacher da.

Gleich energisch und geschickt wie für die Aufrechterhaltung des Vereins trat Voß für Schaffung und Aufrechterhaltung einer Fachpresse ein. Im Januar 1876 erschien unter seiner Redaktion „Der Bedruf“ als erstes gewerkschaftliches Blatt der Schuhmacher. Es wurde Anfang November 1878 auf Grund des Sozialistengesetzes verboten. Vereins Ende November gab Voß die Zeitung „Der Schuhmacher“ heraus. 1887 wurde sie verboten. Einem gleichen Schicksal verfiel das „Schuhmachersachblatt“. Voß ließ sich nicht abbrechen. Im August 1887 erschien „Die Gothaer Schuhmacher-Zeitung“. Auch sie wurde freilich auf Grund des Sozialistengesetzes verboten, das Verbot wurde aber auf eingelegte Beschwerden von der Reichskommission aufgehoben. Noch heute steht das Organ des Schuhmacherverbandes unter Voßs Leitung.

Mit nicht minderm Eifer und Erfolg wie auf gewerkschaftlichem Gebiet verfolgte Voß auf politischem Gebiet die Einigung der Arbeiter. Den Einigungskongreß in Gotha 1876, bei dem der Zwist zwischen Lassalleanern und Eisenachern begrub, eröffnete Voß und leitete die Verhandlungen bis zur Verkündigung der freitenden Präder. Der Einigungskongreß wählte ihn dann in die Kontrollkommission der Partei. Dem mit so reichem Erfolg unermüdlich und uneigennützig für die einheitliche Organisierung der Arbeiter wirkende Mann, dem rastlos für die Interessen seiner Berufsgenossen und der Arbeiter in ihrer Gesamtheit hervortretende Agitator wurden die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen von den Gegnern der Arbeiter zuteil. Oft geriet Voß mit seiner Familie in bitterste Not. Eine leidliche Existenz wurde ihm durch den Demokraten Dr. Ey in Jena und den Genossen Winkler in Arnstadt ermöglicht, die ihm die Mittel zur Gründung eines kleinen Materialwarengeschäftes verschafften. Das Vertrauen der kleinen Leute und der Arbeiter wog ihm reichlich die Verfolgung seiner Gegner auf, brachte ihm aber auch Arbeit in Hülle und Fülle. Oft war der kleine Materialwarenladen von mehr Leuten besucht, die zu Voß gepilgert waren, um seinen Rat in Rechts- und Familienfragen zu erbitten, als das Wohnzimmer des bescheidenen Rechtsanwalts. Uneigennützig vertrat Voß niemand seine Hülle. Unendlich rührig betrieb er die politische Aufklärung bis in die kleinsten Flecken des Thüringer Landes hinein. Das Vertrauen seiner Genossen stellte ihn zum ersten Male im Jahre 1877 als Reichstagskandidaten auf. Die Stimmenzahl der Sozialdemokraten stieg von 1436 auf 6154 und brachte Voß in die Reichstagswahl, in der er mit 8053 Stimmen gegen 11312 nationalliberale Stimmen unterlag. Im Jahre 1884 siegte Voß in der Stichwahl mit 10754 Stimmen über den fortschrittlichen Gegenkandidaten, der 6338 Stimmen auf sich vereinigte. Voß zog in den Reichstag ein. Bei den Wahlen 1887 und 1890 unterlag er aber trotz erheblichen Stimmenzuwachses. Im Jahre 1890 wurde er in der Reichstagswahl für Voßmar in Magdeburg gewählt, von 1898 ab bis heute vertritt er den Gothaer Wahlkreis im Reichstag, mit Ausnahme der Wahlperiode 1907 bis 1912, für die bei der Wahl der Erbprienz zu Hohenlohe-Langenburg mit 18 949 Stimmen den Sozialdemokraten mit 16 084 Stimmen verdrängt hatte.

In den Gothaer Landtag zog Voß im Jahre 1892 ein. Vier Jahre hindurch war er der einzige Sozialdemokrat im Gothaer Landtag. Seine propagandistische, nicht ohne Erfolge für die Arbeiter begleitete Tätigkeit im Landtage bewirkte es, daß im Jahre 1896 die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter auf sieben stieg. Dann wuchs die Zahl auf neun gegen zehn bürgerliche Abgeordnete. Voß errang durch sein kenntnisreiches, langjähriges und charaktervolles Wesen auch die Anerkennung seiner Gegner; er wurde zum Vizepräsidenten und zum Mitglied des Verwaltungsgerichtshofes gewählt.

Auch um die Parteipresse hat sich Voß lebhaft Verdienste erworben. Im Jahre 1875 gründete er die „Freie Presse“. Nach neun Monaten ging sie ein, für sie wurde die „Gothaer Zeitung“ im Jahre 1876 ins Leben gerufen. Sie wurde auf Grund des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 verboten. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 wurde das „Gothaer Volksblatt“ geschaffen.

Der Parteitag zu Lübeck wählte den Genossen Voß im Jahre 1901 wieder zum Mitglied der Kontrollkommission; seit einigen Jahren ist er nach dem Tode unseres unvergesslichen Raben ihr Vorsitzender.

Außer wirtschaftlichen Schädigungen zog seine Tätigkeit dem Genossen Voß auch strafrechtliche Verfolgung zu. Viermal wurde er zu Gefängnisstrafen verurteilt und mußte zusammen 6 1/2 Monate wegen seiner agitatorischen Tätigkeit im Gefängnis verbringen.

Der unermüdliche Kämpfer für die Einheit der Partei glaubte im Interesse der Einheit der Partei der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ beitreten zu müssen, weil die sozialdemokratische Fraktion seiner Ansicht nach die Meinungsfreiheit unterdrückte und den von der Ansicht der Mehrheit der Fraktion abweichenden Genossen, zu denen auch er gehört, die Ausübung ihres von der Gesamtpartei aufgetragenen Mandats in den wichtigsten politischen Fragen unmöglich machte.

Hervorragende Kulturarbeit hat unser rüstiger Siebzigjähriger nahezu fünfzig Jahre hindurch im Interesse der Arbeiter opferwillig, unermüdlich, unerschrocken und unablässig verrichtet. Sein Wirken möge andere zur Nachahmung anspornen. Unserem Wilhelm Voß aber rufen wir zu seinem Geburtstag ein herzlich Glückwunsch und wünschen ihm und den Arbeitern, daß er noch recht lange Zeit hindurch in ungebeugter Kraft erfolgreich als Vorkämpfer der Arbeiter wirken möge.

Aus der Partei.

Chemniger Methode.

In der Chemniger „Vollstimme“ lesen wir: Kurzes Gedächtnis. In einer Erklärung zum „Vorwärts“-Konflikt legt der Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins:

„Der Zentralvorstand spricht ferner wiederholt aus, daß die prinzipielle und taktische Haltung, die der „Vorwärts“ während des Krieges eingenommen hat und einnimmt, im Sinne der Berliner Genossen liegt.“

Der „Vorwärts“ bekämpft die Bewilligung der Kriegskredite. Die Berliner Parteileitung hat dagegen die Zustimmung zu den Kriegsausgaben für geboten erachtet.

Der Vorstand des Verbandes der Berliner Wahlvereine hat am 14. Oktober folgende Erklärung publiziert:

„Im deutschen Volke mußte, da die eisernen Würfel im Rollen waren, ein fester Siegeswille Platz greifen. Auch bei uns Sozialisten. Wir mußten uns klar sein, daß eine Niederlage der deutschen Waffen gleichbedeutend sei mit dem Triumph der englischen Weltmachtspolitik und Großindustriellen, der ehrgeizigen Geschäftspolitik und Pariser Frankreichs, der barbarischen und verkommenen Regierungstypen Russlands. Einen solchen Triumph zu verhüten, haben auch wir deutschen Sozialisten alle Veranlassung.“

Der feste Siegeswille, der im deutschen Volke und auch bei der deutschen Sozialdemokratie herrscht, muß aber auch die Mittel bereitzustellen, die zum Siege eine der Voraussetzungen bilden.“

Dieselben Leute, die diese Erklärung veröffentlichten, versichern jetzt mit dem Bewußtsein tiefer Ueberzeugung, daß die Kreditbewilligung am 4. August 1914 die sozialistischen Grundzüge verraten haben und diese wackeren Hüter der reinen Prinzipien bilden die unentwegte Schutztruppe der 18 Disziplinbrecher. Imponierend wirken die Berliner schwankenden Kohre gerade nicht, die heute Anschläge versuchen, die sie selbst aus vollster Ueberzeugung im Anfang des Krieges vertreten haben.“

Dieser Rotz der Chemnigerin gegenüber stellen wir fest:

Erstens: Eine Erklärung des abgedruckten Wortlautes ist vom Vorstand des Verbandes der Berliner Wahlvereine niemals abgegeben worden.

Zweitens: Die erste Abfassung des Titels des „Mittelteilungsblattes“ des Verbandes, der drei Spalten umfaßt und durch seinen Gehalt das Blatt in einem völlig anderen Lichte erscheinen läßt, als die Chemniger „Vollstimme“ voraussetzen will.

Drittens: Der Artikel wurde in der Nr. 7 des „Mittelteilungsblattes“ vom 14. Oktober 1914 veröffentlicht.

Viertens: Vom zweiten Abfassung des Titels, beginnend „Der feste Siegeswille“ bis „Voraussetzungen bilden“ ist in dem Artikel nicht eine Silbe enthalten. Dieser Abfassung ist glatt erfunden.

Jedes Wort der Kritik an diese Chemniger Zitiermethode erscheint uns danach überflüssig!

Aud wieder die bösen Berliner.

Unter der Spitzmarke „Die Instanzen“ wird der „Chemniger Volksstimme“ aus Berlin geschrieben:

„Wenn gebärdet sich „radikal“, wer als Sozialdemokrat konservativ ist. Und je „radikaler“ einer ist, um so größer ist auch die Veringschämung, mit der er über die „Instanzen“ und die „Instanzenpolitik“ urteilt.“

Was hat es zu bedeuten, wenn die Reichstagsfraktion in einer Frage Stellung nimmt? Nichts! Denn die Fraktion ist nicht die Partei, sie ist nur eine Parteierkörperlichkeit, eine „Instanz“.

Was hat es zu bedeuten, wenn der Parteiausschuß sein Gutachten abgibt? Nichts! Denn der Parteiausschuß ist ja auch nur eine Parteierkörperlichkeit, eine „Instanz“.

Und hat es irgend welche Bedeutung, wenn der Parteivorstand sich so oder so entscheidet? Keine Ahnung! Was ist der Parteivorstand? Eine Anzahl Genossen, die im Parteibureau beschäftigt werden. Eine „Instanz“.

Unter keiner dieser Instanzen steht die Partei oder gar die Massen.“

Warum sind die Reichstagsabgeordneten als die Vertrauensleute der Partei gewählt worden. Warum steht sich der Parteiausschuß aus den von den Bezirks- und Landesvorständen der Organisationen bestimmten Vertrauensmännern zusammen. Warum steht der Parteivorstand sich zusammen aus Genossen, die von der höchsten Vertretung der Partei, dem Parteitag, gewählt werden.

Immerhin: alles „Instanzen“, beschränkte „Bureaucraten“, die kein Vertrauen verdienen, denen man den Vorkorb höher hängen, die man nach einer Salgenstrich mit Schimpf und Schande davonsagen muß!

Über wer hat denn die Massen, die Partei nun eigentlich hinter sich? Wer vermag den Stab zu brechen über die Instanzen und die von diesen gebilligte Politik?

Wir, Wir, Wir! Und Wir sind die Groß-Berliner. Wir sind die Pressekommision. Und wir sind als Pressekommision des Gelees des Zentralvorstandes von Groß-Berlin. Und wir Mitglieder der Pressekommision und Mitglieder des Zentralvorstandes, wir repräsentieren die Massen; wir sind die Massen.

Wir sind Berlin; wir sind das Reich; wir sind das Proletariat; wir sind die Sozialdemokratie, denn hinter uns stehen die Massen der Zahlensende, die von 3 bis zu 18 und 20 Genossen besucht wurden. Und durch alle wirklich konservativen und namentlich radikalen Blätter wird es mit selbigem Entzücken weiter gerannt: 63 und 65 Berliner Funktionäre haben eine Resolution beschlossen, in der klipp und klar auseinandergelegt wird, wie es gemacht werden mußte und wie es nicht gemacht werden dürfte.

Das ist Berlin. Das ist die Sozialdemokratie. Das ist die Masse. Das ist die Internationale. Sie wissen es ganz genau, diese 63 und 65, denn hinter ihnen steht der Zahlensend, und sie orientieren sich nach dem „Vorwärts“. Und es fehlt nicht an Kleinlauten, die sich ins Wodsborn jagen lassen.“

Wir gönnen den „Instanzen“ einen Verteidiger mit solcher Gefestetheit und kühnem Autoritätsglauben.

Niedriger hängen!

Die J. R. liefert folgenden Beitrag einer vornehmen Parteipolemik:

„Der Abgeordnete Haase hat zu einem Korrespondenten eines ausländischen Blattes geäußert, er hoffe in kurzer Frist noch mindestens 25 bisherige Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seinen Spuren folgen zu sehen.“

Haase, dessen Mäßigkeit nur durch seine Verschlagenheit übertroffen wird, drückt mit solchen Worten mehr einen Plan als eine Hoffnung aus. Es ist kein Geheimnis, daß sich die führenden Mitglieder der „Sozialdemokratischen Arbeits-Gemeinschaft“ schon sehr stark bemüht haben, aus der jetzigen Linken und der Mitte der alten Reichstagsfraktion noch Mitglieder zu sich herüberzuziehen; ebenso wenig braucht die Tatsache verdrängt zu werden, daß sich Haase, Haffel, Simon, Antzli, Emmel und eine Reihe anderer Mitglieder der alten Fraktion den Haase und Ledebour näher verwandt fühlen, als ihren Fraktionskollegen Scheidemann und David. Als

Haase neulich seine herzlich unbedeutende Rede über die auswärtige Politik hielt, konnte man recht lehrreiche Beispiele von auffallendem Laktmangel oder gefuchter Unbedeutendheit in der Reichstagsfraktion beobachten.

Der linke Flügel der alten Fraktion wird sich angesichts des Haaseschen Plans seiner Verantwortung wohl bewußt sein. Haases jetzige Fraktion ist nicht lebensfähig. Einmal sind die Gegensätze zwischen dem extremen Anarchosozialisten Henke, Herzfeld und Amert auf der einen, den alten Gewerkschaftern wie Genz, Horn und Bod auf der anderen Seite nicht lange und sicher nicht dauernd zu überbrücken; dann fehlt es der Gruppe trotz ihres vielbesprechenden Namens an soliden Arbeitskräften: es kommen eigentlich nur Haase, Bunn, für gewisse Gebiete auch Cohn und Stadthagen in Betracht, während Männer wie Ledebour und Dittmann für Fleisch und Kenntnisse erfordernde parlamentarische Arbeit ebenso wenig von Belang sind, wie die Veteranengruppe. Ohne innere Geschlossenheit und ohne saubere parlamentarische Arbeit kann eine Fraktion, wenn mal der Reiz der Neuheit verfliegen ist, nicht sehr lange auf Beachtung oder gar Erfolge rechnen, weder im Parlament noch im Volk. Von der bloßen Opposition gegen die alte Fraktion, von den bekannten 10—100prozentigen Zuschlägen zu deren Anträgen und von anderen solchen demagogischen Kniffen kann die „S.A.G.“ ebenso wenig leben, wie von Skandalisierungen oder Ledebourschen „Geschäftsordnungs“-Arten.

Das sieht Haase natürlich selbst sehr genau. Und daher sucht er eine neue „Umgruppierung“ herbeizuführen. Schon ein mäßiger Zuwachs von sechs bis acht Mitgliedern würde ihm zunächst gestatten, das Kleeblatt Henke-Herzfeld-Amert, das eigentlich zu Liebke und Mühlle gehört, entweder aus der „Arbeitsgemeinschaft“ hinauszuführen oder doch völlig kaltzustellen. Das zweite Verfahren ist das wahrscheinlichere, denn es dürfte sich für die Führer der „S.A.G.“ aus bestimmten Gründen nicht empfehlen, mit Herzfeld allzu rücksichtslos umzuspringen. Die bloße Kalkulation mit Fraktionszwang — den Haase in seiner Gruppe natürlich mit Vornehmheit verteidigt — wird, so wie er ihn in der großen Fraktion bekämpft hat — genügt auch für den Zweck, mit dem neuen Zuwachs eine leidlich lenkbare Fraktion von mehr als fünfzehn Mann aufzubauen.

Zimmerhin würde eine „S.A.G.“ von einigen zwanzig Mitgliedern, von denen sich doch nur etwa 18 notwendig auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigen könnten, für den Bestand der sozialdemokratischen Partei noch keine unabwehrbare und entscheidende Gefahr bedeuten. Das würde erst der Fall sein, wenn die von Haase erhofften 25 den Komarisch aus der Fraktion zur Haase-Gruppe vollziehen wollten. Denn eine Fraktion von rund 45 gegen rund 70 Mitglieder würde bald mit ganz bestimmten Ansprüchen an zentrale und örtliche Parteileitungen, an Pressekommisionen, Redaktionen usw. herantreten. Die Spaltung der Partei wäre dann unauflöslich. So ergibt sich also die Verantwortlichkeit für die radikalen Mitglieder der alten Fraktion. Folgen sie den Lockungen Haases, Ledebours und Dittmanns, dann müssen sie auch wissen, was sie damit tun.

Diese Rücksicht auf das Schicksal der Partei ist von so übertragender Wichtigkeit, daß daneben alles andere zunächst bedeutungslos wird; es brauchen daher die Folgen, die eine neue größere Aufspaltung für die alte Fraktion voraussichtlich haben würde, nicht erst erörtert zu werden. Sie würden vermutlich nicht ganz in der Richtung liegen, in der sie dem Anschein nach Haase sucht und wünscht.

Stellungnahme zur Fraktionspaltung.

Eine Kreisbesprechung für Sachsen (Land) nahm nach einem Vortrage des Genossen Meerfeld (Stöck) folgende Entschliessung an: „Die Durchbrechung der Einheit der Partei durch die Sonderaktion ist tief zu beklagen, weil darin die große Gefahr liegt, daß die Spaltung auf die Organisationen im Lande übergreift und überall der Bruderkrieg entfesselt wird. Ueber die Taktik der Partei wird der nächste Parteitag endgültig entscheiden; bis dahin verlangt die Kreisbesprechung Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheitsentschlüsse.“

An der Ansprache beteiligten sich auch Minderheitsvertreter, ohne die Fraktionspaltung gutzuheißen.

Entlassung eines sozialdemokratischen Redakteurs.

Wie wir schon berichteten, haben sich zwei Braunschweiger Mitgliedervereinigungen mit den Parteidifferenzen beschäftigt und in einer angenehmen Resolution sich u. a. auch mit der Haltung des „Volkstreues“ einverstanden erklärt. Da inzwischen der leitende Redakteur des Blattes, Genosse Dr. Thalheimer eingezogen ist, und Genosse Waj sich weigerte, die bisherige Politik des „Volkstreues“ fortzuführen, so hat die Pressekommision den Genossen Waj seiner Stellung sofort entzogen.

Abonnementpreiserhöhung.

Der hannoversche „Volkswille“ erhöht vom 1. Mai ab den monatlichen Bezugspreis von 85 auf 90 Pf., die „Königsberger Volkszeitung“ von 75 auf 85 Pf.

Zu 2000 Kronen Geldstrafe

wurde der verantwortliche Redakteur der Wiener „Arbeiterzeitung“, Genosse Fr. Austerlitz, vom Wiener Landgericht

Sie wollen nicht mehr kämpfen.

Düsterequartier, 17. April 1916.

„Was wollen Sie leben? Was interessiert Sie besonders? Ich bitte die Herren, sich alles anzuschauen, sich über alles zu unterrichten. Sprechen Sie bitte auch mit den Mannschaften. Es würde mich freuen, wenn die Herren sich über die Verhältnisse an der Front erkundigen und mir Ihre Meinung sagen!“ — Mit solcher Aufforderung entließ uns General v. B. Kommandeur der ... A.-Division. Wir kamen an die Front vor Dünamburg. Der erste Eindruck, den ich hier empfang, war der, daß die Witterungsverhältnisse und Wundenbeschaffenheit den Soldaten das Leben recht teuer machen. Andauernde Arbeiten sind nötig, um eine Zerstörung der Gräben und Unterstände durch Wasser, sowie ihre Verwässerung zu verhindern. Die äußeren Verhältnisse sind daher wenig geeignet, Zufriedenheit und Wohlbehagen auszulösen. Aber ich fand die Soldaten im allgemeinen in überraschend guter Verfassung. Sie leben frischer und fröhlicher als als im Herbst nach dem anstrengenden Vormarsch und den Entbehrungen, die sich damals aus den Schwierigkeiten des Lebensmittelmangels erklärten. Mittlerweile hat man alle Verlebensschwierigkeiten überwunden. Die Truppe soll gut versorgt werden! Das ist eine der Hauptaufgaben der Heeresleitung. Ich hörte auch nur sehr mäßige Wünsche in bezug auf die Verpflegung äußern. Mehrere Soldaten, mit denen ich darüber sprach, erklärten mir: Wir leben hier besser als die Leute in der Heimat. Wegen der Verpflegung halten wir es an der Front gut aus. Daß man trotzdem einen Friedensschluß freudig begrüßen würde, sich nach Hause zurückbegeben, ist selbstverständlich. Freude an den Widerwärtigkeiten des Krieges hat schließlich kein Mensch. Monatlang in diesem Sumpfgelände, in Schützengraben und Unterständen zu hausen, ist wahrlich kein Vergnügen. Leute, die in der Heimat Siege feiern, rednerisch Schlachten schlagen, auf das Wohl der Truppe und der Soldaten trinken, stellen sich das Leben an der Front vielfach reizvoller vor, als es in Wirklichkeit ist. Wohl richtet man sich nach Möglichkeit häuslich ein, aber das Wohnen in Erdlöchern, die man zwar warm halten, jedoch nicht ganz trocken machen kann, wird nie zu einer geschätzten Annehmlichkeit. Rege Einbildungskraft zaubert in die Unterstände Luxus und Wohlleben hinein. Des Krieges Härte zwingt die Soldaten jedoch, sich mit dem Nötigsten und Einfachsten zu begnügen. Und sie sind viel anspruchsloser als manche Leute

berurteilt. Unser Wiener Parteiblat hatte nach der „Innsbrucker Volkszeitung“ über die Verurteilung von zehn Bauern wegen Freitreiberei berichtet. Unter diesen Freitreibern befand sich auch ein Bauer namens Christian Schweiger. Die „Volkszeitung“ hatte aber den Bürgermeister und Landtagsabgeordneten Schweiger als Verurteilten gemeldet. Dieser klagte kurzerhand und das Gericht kam wegen Verleumdung Schweigers zu der oben bezeichneten hohen Strafe.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Generalversammlung der Ludwig Loewe u. Co.-Kriegesgesellschaft setzte die auszuzahlende Dividende auf 35 Prozent fest.

Niederländische Ausfuhrverbote.

Das unterm 4. November 1915 für rohe Kakaobohnen erlassene Ausfuhrverbot ist durch eine im „Niederländische Staatscourant“ vom 14. April 1916 kundgemachte königliche Verordnung vom gleichen Tage auf Erzeugnisse aller Art aus rohen Kakaobohnen ausgedehnt worden. — Die Ausfuhr von Kavaol und Kavaolwaren, von Kammelfaat, blauer Rohwoll, Kanariensaft sowie Abfall von Delfamerieen ist ebenfalls verboten worden.

Krieg und Privateigentum.

Großbritannien hat durch einen neuerdings ergangenen königlichen Beschluß Gold, Silber, Papiergeld, alle Sorten gängigen Werte und Obligationen als unbedingte Konterbande erklärt.

Stadtverordnetenversammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, den 27. April 1916, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michalet eröffnet die Sitzung.

In den Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl von acht unbesetzten Stadträten sind auch die Stadtv. Wasner, Bruns, Heilmann, Pfannkuch und Dr. Wehl (Soz.) deputiert worden.

Die Errichtung einer Trocknungsanstalt für Gemüse und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse nach dem vorgelegten Projekt und mit einer Baukostensumme von 250 000 M. ist von dem eingeleiteten Ausschuss zur Genehmigung empfohlen und zugleich folgende Resolution angenommen worden:

Gleichzeitig erludt die Versammlung den Magistrat, für den Genus von Gemüse und Obst in den weitesten Kreisen der Bevölkerung zu werben. Sie wünscht ferner, daß dem für das Publikum bestimmten Dörrgemüse und Dörrobst gemeinverständliche Anweisungen über seine gesundheitsgemäße Zubereitung beigegeben werden.

Bürgermeister Dr. Heide: Die in der Resolution zum Ausdruck gekommenen Wünsche sind auch die Wünsche des Magistrats; ihre Ausführung wird eifrig betrieben werden.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Ich freue mich dieser Zusicherung des Magistrats, besonders hinsichtlich des Obstes. Gerade jetzt wird durch eine verhängnisvolle Politik der Zuderverbrauch eingeschränkt. Andererseits tragen viele durch den dauernden Genus von Warmelade schwere Verdauungsstörungen davon. Für diese ist das Dörrobst von großer Bedeutung; die Nährsalze des Obstes bleiben im Dörrobst zurück, während sie beim Einkochen mit Zuder zum Teil verloren gehen. Die Verwaltung wird vor allem dafür zu sorgen haben, daß Dörrgemüse und Dörrobst zu erschwinglichen Preisen der Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Die Vorlage gelangt darauf mit der Resolution zur Annahme. Vom 1. Oktober 1916 an soll das Schulgeld für alle Schülerinner der städtischen Studienanstalt 140 M. jährlich betragen. Die Erhöhung für Kinder auswärtig wohnender Eltern also in Fortfall kommen.

Stadtv. Dr. Wehl: Wie steht es mit der zweiten damals von uns gegebenen Anregung wegen Gewährung von Erziehungsbeihilfen an hochtalentirte Kinder unbemittelter Eltern? Bei der Erörterung dieser Frage in der Deputation hörten wir von sehr hochverständiger Seite, daß Berlin mit seiner Schulgeldpolitik den Vororten gegenüber finanziell eigentlich Pflaß gemacht habe; durch die Verteuerung des Schulgeldes für Kinder aus den Vororten hätten wir eine Einbuße erlitten, indem auch solche Eltern, die es gar nicht nötig gehabt hätten, in großer Zahl aus Verärgerung ihre Kinder abgemeldet hätten. Kann das festgestellt werden, so müßte man doch in eine Revision der Schulgeldpolitik eintreten. Eine Ueberflutung unserer Schulen braucht man von der Gleichstellung nicht zu befürchten, denn einmal haben die Vororte aus anderen Gründen eigene höhere Lehranstalten errichtet, und dann haben besänftlich unsere eigenen Anstalten einen Rückgang erfahren. Die Vorlage darf als ein erster Versuch freundschaftlichen Zusammenwirkens mit den Vororten betrachtet werden; diesen ersten Schritt, der uns nichts kostet, sondern noch etwas einbringt, können wir mit gutem Gewissen tun, ihm werden hoffentlich weitere folgen und so die Eingemeindung, die ja doch einmal kommen muß, vorbereiten helfen.

in der Heimat, die wohl Geldentaten erwarten, selbst aber eifrig darauf bedacht sind, keine Not zu leiden. Die vielen Mitteilungen über Lebensmittelmangel und -Wucher erregen an der Front starkes Mißbehagen.

Was die Russen anbelangt, so begegnet man hier der Ansicht, daß sie nicht mehr kämpfen wollen und nur noch durch rücksichtslosen Zwang vorwärts getrieben werden können. Ich sprach darüber mit einem russischen Gefangenen. Seit Beginn des Krieges hat er stets vorn in der Front mitgekämpft. Nach seiner Ansicht ist die im Anfang wohl vorhandene Kampfeslust in unbedingten Friedenswillen umgeschlagen. Große Empörung herrscht über die Offiziere, die hinter der Front bleiben und mit dem Revolver in der Faust die Soldaten zum Vorgehen antrieben. Um die Infanteristen, deren Widerwillen gegen weitere Kämpfe allgemein bekannt sei, gegen die deutlichen Stellungen vorwärts zu bringen, hätte man auch wieder Kofalen herangeholt. Ueber die Verhältnisse im Lande erklären die Mannschaften an der Front nur etwas von den zurückgekehrten Verwundeten. In dem Briefverkehr zwischen der Front und der Heimat mühten sich die Schreiber auf direkte Familienangelegenheiten beschränken. Meistens wurde nur erlaubt, mitzuteilen, daß man sich guter Gesundheit und sonstigen Wohlstandes erfreue. Dagegen höre man von den aus Lazaretten wieder an die Front Zurückgekehrten, daß es im Lande böse aussehe. In manchen Dörfern gäbe es fast nur noch Frauen, Kinder und Greise. Alle dienstfähigen Leute seien eingezogen worden. In vielen Gegenden herrsche direkte Hungersnot und überall großer Mangel an Lebensmitteln. Die allgemeine Not sei größer als in Jahren sibirischer Winter. Das Volk verlange Frieden, aber seine Stimme werde nicht gehört. Die Volkzeit unterbrüche mit roher Gewalt jeden Versuch zu einer Friedenskundgebung.

Der Gefangene, der mir solche Ansichten kundgab, ist selbst ein verhältnismäßig gut situierter Bauer aus dem Uralgebiet. Er ist Abkömmling einer vor circa 150 Jahren aus Deutschland nach Rußland ausgewanderten Familie. Seine ruhigen, sachlichen Darstellungen machten auf mich den Eindruck eines sicheren Urteils und unbedingter Wahrheitsliebe. Von der sonst bei Gefangenen vielfach zu beobachtenden Reizung und Abficht, den Deutschen etwas Angenehmes zu sagen, war bei ihm nichts zu merken. Objektiv mögen seine Schilderungen vielleicht etwas übertrieben sein, inwiefern darf man sie trotzdem wohl als einen ziemlich getreuen Ausdruck der Grundstimmung bei der russischen Truppe und im russischen Volk betrachten. Dill, Kriegsberichterstatter.

Stadtv. Cassel (Linke): Mit ganz besonderer Genugtuung habe ich die Worte des Vorredners vernommen. Ich habe mich stets gegen jede Erhöhung wie gegen jede Differenzierung ausgesprochen und prophezeit, daß diese Erhöhungen usw. nur unsere Schulen entleeren würden; ich habe dafür niemals eine Mehrheit gefunden, da gerade auch die Kollegen des Vorredners für alle diese Erhöhungen stimmten. Ich schließe mich den Darlegungen des Wehl in allen Punkten an und bitte auch meinerseits den Magistrat um die erwähnten statistischen Erhebungen.

Stadtschulrat Dr. Reimann: Die einheitliche Regelung der Schulgeldfrage ist 1908 an den Vororten gescheitert. Ich kann nicht leugnen, daß mir nach dem Studium der Akten die Erhöhung auch von diesem Hause etwas ab irato erfolgt zu sein scheint; vielleicht möchte jetzt für neue Verhandlungen der Boden geeigneter sein. Die gewünschten statistischen Erhebungen sind bereits im Gange. — Bei der zeitigen schwierigen finanziellen Lage der Stadt Berlin stehen direkte Erziehungsbeihilfen nicht gerade im Ausblick; der Gedanke wird aber wohlwollend erwogen im Rahmen der Erhebungen über die Erleichterung des Aufstiegs aus den niederen in die höheren Schulen, wofür ich in absehbarer Zeit einen Plan hoffe vorlegen zu können.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Vorsteher Michalet verwahrt die Versammlung gegen den in den Worten des Stadtschulrats „ab irato“ liegenden Vorwurf.

Für die am 26. April stattgehabte Erhebung der Vorrate an Kartoffeln und Erzeugnissen der Kartoffelroderei und Kartoffelstärkefabrikation sind die Kosten überhöhtlich auf 6000 M. geschätzt worden, die vorstufweise herausgibt werden sollten.

Die Versammlung erklärt sich nachträglich damit einverstanden. Die zur Fortführung der Armenpflegungsanstalt bis zum 15. Mai von der Versammlung im März bewilligten Zuschüsse von zusammen 186 000 M. sollen nach einer Mitteilung des Magistrats als lediglich durch den Krieg veranlaßte Mehraufwendungen für minderbemittelte Ortseinwohner auf das Vorstufkonto für Kriegswohlfahrtspflege übernommen werden.

Stadtv. Hünke (Soz.): Wir haben das Entgegenkommen, das Magistrat und Versammlung im März betwies haben, dankbar anzuerkennen. Ganz besonders dankbar ist die ärmste Bevölkerung, der es dadurch vergönnt ist, in dieser schweren Zeit ein nahrhaftes und schmackhaftes Essen durch die Armenküchen geliefert zu bekommen. Die Gründe für die Verhinderung der Verhältnisse im März bestehen aber auch heute fort: die Verhältnisse im Wirtschaftslieben haben sich nicht etwa gebessert, sondern weiter verschlimmert. Die Gemüsepreise haben eine Höhe erreicht, die man für unmöglich gehalten hätte; von den Kohlkarten kostet das Pfund 45—50 Pf., für Fleisch sind nach den Feiertagen geradezu Warenteuerpreise, 6 und noch mehr Mark für ein Pfund Kalb- oder Rindfleisch, genommen worden. So wird es denn der ärmsten Bevölkerung unmöglich gemacht, sich die nötigen Nahrungsmittel zu verschaffen. Wir beantragen deshalb, den Magistrat zu ersuchen, die Armenpflege auch über den 15. Mai hinaus fortzusetzen. Die Möglichkeit dazu ist vorhanden, die Stadt ist schon jetzt Lieferantin der notwendigen dafür erforderlichen Materialien. Es werden noch jetzt über 10 000 Portionen täglich in den 16 Küchen verabreicht; im Norden und Osten der Stadt werden aus einigen Küchen je über 1000 Portionen abgeholt, und der Andrang ist fortwährend im Wachsen. In der Lebensmittelpolizei gab der Bürgermeister heute bekannt, daß der Magistrat sich mit dem Ministerialerlaß beschäftigt, der Einrichtungen wie die Pichtenberger Gulashäuser empfiehlt. Berlin geht nicht ähnlich vorzugehen; aber in erster Linie sollte man doch an den Ausbau der bestehenden Einrichtungen denken. Schwierigkeiten könnten da höchstens wegen der Aussicht entstehen, aber die wären zu überwinden. Können die ehrenamtlichen Funktionäre nicht über den 15. Mai hinaus tätig sein, so müßten eben Hilfskräfte, eventuell gegen Bezahlung, eingestellt werden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen, der sozialdemokratische Antrag einem Ausschuss überwiesen.

Für die Verbrauchs-Zuler-Beitragenaufnahme am 25. April sind 2000 M. an Kosten dieser Erhebung erforderlich gewesen. Die Versammlung spricht die nachträgliche Bewilligung aus. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 1/27 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Aus der Berliner Selbstmordstatistik.

Durch Selbstmord endeten in Berlin im Jahre 1915 so wenig Personen, wie man es hier seit langem nicht kannte. Während in den fünf Jahren 1910—1914 noch 676, 726, 791, 808, 778 Selbstmorde gemeldet wurden, ergab 1915 nur 588 Selbstmordmeldungen. Daß sicherlich nicht alle Selbstmorde zur Kenntnis der Behörden gelangen, sondern manche als Unfälle gemeldet werden, sei nebenbei bemerkt. Auch das wollen wir hier von vornherein betonen, daß man aus dem Auf und Ab der Selbstmordzahl nicht ohne weiteres auf eine Zu- oder Abnahme der Selbstmordneigung schließen kann. Es ist sehr wohl möglich, daß die Selbstmordversuche sich mehren und doch gleichzeitig die geglätteten Selbstmorde sich mindern. Immerhin muß aber eine Minderung der Selbstmorde, wie sie in 1915 sich gezeigt hat, auffallen. Gruppirt man die durch Selbstmord gestorbenen Personen nach dem Geschlecht, so ergibt sich ein sehr beachtenswerter Gegensatz. Von 1914 zu 1915 haben nur die Selbstmorde männlicher Personen sich von 550 auf 327 gemindert, aber die Selbstmorde weiblicher Personen sich von 228 auf 261 gemehrt. Beim männlichen Geschlecht ist die Selbstmordminderung zum großen Teil aus der durch die Heereseinberufung verursachten Minderung der Männer in der Bevölkerung zu erklären. Die Selbstmordmehrung beim weiblichen Geschlecht wird man nur zu einem ganz geringen Teil aus der durch Zuzug bewirkten Mehrung der Frauen in der Bevölkerung erklären können. Die Gruppierung nach Altersklassen zeigt, daß beim männlichen Geschlecht fast alle Lebensalter eine Minderung der Selbstmorde hatten. Daraus folgt, daß hier neben der Minderung der männlichen Bevölkerung noch eine andere Ursache mitgewirkt haben muß, die Selbstmorde zu verringern. Am bedeutendsten ist der Rückgang der Selbstmordzahl allerdings bei den Männern von 20—30 Jahren und von 30—40 Jahren, die für die Heereseinberufung hauptsächlich in Frage kommen. In 1915 (bzw. 1914) endeten aus der männlichen Bevölkerung durch Selbstmord 3 (2) Knaben unter 15 Jahren, 36 (40) Jugendliche von 15—20 Jahren, von Erwachsenen 36 (38) von 20—30 Jahren, 51 (118) von 30—40 Jahren, 60 (91) von 40—50 Jahren, 59 (103) von 50—60 Jahren, von greisen Personen 59 (70) von 60—70 Jahren, 23 (23) von 70—80 Jahren, 0 (5) von mehr als 80 Jahren. Ebenso erstreckt beim weiblichen Geschlecht die Mehrung der Selbstmorde sich auf ziemlich alle Altersklassen. In 1915 (bzw. 1914) endeten durch Selbstmord 0 (1) Mädchen unter 15 Jahren, 22 (25) Jugendliche von 15—20 Jahren, von Erwachsenen 63 (58) von 20—30 Jahren, 54 (41) von 30—40 Jahren, 43 (30) von 40—50 Jahren, 37 (26) von 50—60 Jahren, von greisen Personen 22 (31) von 60—70 Jahren, 18 (13) von 70—80 Jahren, 2 (3) von mehr als 80 Jahren. Aus den Feststellungen über die Arten der Selbstmorde sei erwähnt, daß beim weiblichen Geschlecht

die Vergütungen durch Gas sich sehr auffällig gemehrt haben. Im vorletzten Jahr wurden nur 58 gezählt, das letzte Jahr aber brachte 102.

Zur Einführung der Sommerzeit.

In der „Urania“ (Laubenstraße) sprach Prof. Donath über die am 1. Mai einzuführende Sommerzeit. Den Entschluß, unsere ganze Zeitrechnung im Sommer um eine Stunde vorzurücken, begründete er als ein „interessantes Experiment“. In gemeinverständlichen Ausführungen legte er dar, wie wir die Umdrehung unserer Erde als Zeitmesser benutzen. Man kann sagen, daß dabei die Erde das Zifferblatt ist und als Zeiger die Sonne dient. Zur Vereinfachung des Uebelstandes, daß jeder Ort seine eigene Sommerzeit hat, ist die Zeit über ganze Ländergruppen hin zusammengelagert worden. Für die mitteleuropäische Zeit, die wir bisher hatten, sollen wir auf die fünf Sommermonate vom 1. Mai bis zum 30. September die osteuropäische Zeit eintauschen. Die mitteleuropäische Zeit entspricht der Sommerzeit des 15. Meridians, der durch Stargard und Görlich geht. Mit der osteuropäischen Zeit nehmen wir die Sommerzeit des 30. Meridians an, der etwas westlich von Petersburg und Kiew verläuft. Der Unterschied beträgt eine Stunde: um eine Stunde früher als bei uns geht dort die Sonne auf. Wir müssen mithin vom 1. Mai ab unsere Uhren um eine Stunde vorrücken — unsere Uhren und unser ganzes Tagewerk. Die Vorrückung des Tagewerks ist der Zweck dieser Maßregel. Daß bei mitteleuropäischer Zeit unser Tagewerk sogar im Sommer noch bis in die dunklen Abendstunden hineinreicht, war längst als Nachteil empfunden worden. Der Gedanke, eine besondere Sommerzeit einzuführen, ist nicht neu, und schon früher wurde dieses Abhilfemittel empfohlen. Jetzt hat der Krieg auch hier sein Rechtwort gesprochen. Die Einführung der Sommerzeit wird nicht nur dazu dienen, an künstlichem Licht zu sparen. Man sieht auch darin einen Vorteil, daß sie die Möglichkeit schafft, am Abend eine Stunde länger sich dem Garten- und Ackerbau zu widmen. Der Vortragende wies darauf hin, daß in Mecklenburg und in Schleswig-Holstein bei den Bauern seit alter Zeit der Brauch besteht, im Sommer die Uhr vorzustellen. Er nannte dieses jetzt von Obrigkeit wegen und allen aufwendigsten Verfahren eine „hohle Selbsttäuschung“, durch die uns die Vorrückung des Tagewerkes erleichtert und geregelt werden soll.

Gegen den Lebensmittelwucher.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesratsbestimmungen vom 23. Juli und 28. September 1915 werden in Berlin täglich 50 bis 60 Straßfälle wegen übermäßiger Preissteigerung, Zurückhaltung und Unzuverlässigkeit in Verarbeitung genommen. Damit wird manches erreicht. Zum durchschlagenden Erfolge aber bedarf es der Mitarbeit der Bevölkerung. Jedoch nicht mit namenlosen Angelegenheiten, sondern mit persönlichem Eintreten für die im öffentlichen Interesse erhobenen Beschuldigungen.

Keine Obstbaumzweige abreißen.

Das Oberkommando erläßt folgende Bekanntmachung. Seit Beginn der Blütezeit wird wiederum über die Unsitte geklagt, daß auch in diesem Jahre blühende Obstbaumzweige unzulässig von Kindern und auch von Erwachsenen abgerissen werden. Durch einen derartigen Unfug wird die Obsternste geschädigt, deren Ertrag in der jetzigen Zeit von besonderer Bedeutung ist.

Ich nehme daher Veranlassung, vor diesem idyllischen und schädlichen Verhalten dringend zu warnen. Die Polizeibehörden sind angewiesen, die Übertretungen nach den bestehenden Gesetzen strafgerichtlich zu verfolgen.

Der Oberbefehlshaber in den Marken,
von Kessel, Generaloberst.

„Heimarbeit.“

In der „Morgenpost“ las man am 26. April folgende Annonce: „Frauen und Mädchen zur Anfertigung eines Massenartikels, Heimarbeit, gesucht. Ewest, Schönhauser Allee 5“. Daß auf dieses Angebot hin sich Frauen und Mädchen in großer Zahl einfanden, ist begreiflich. Es scheint aber, daß viele der zur Anfertigung des Massenartikels geachteten Arbeiterinnen sich in ihren Erwartungen enttäuscht sahen. Unter den Arbeitssuchenden, die auf der Treppe verammelt waren, entstand Unruhe und Erregung, so daß Frau Ewest wohl ängstlich wurde. Sie hängt an die Flur für ein Plakat, das den Wartenden mitteilte, es sei keine Heimarbeit zu vergeben. Das fand man nicht recht verständlich, weil man sich sagte, bei einem Massenartikel müsse doch auch reichlich Beschäftigung vorhanden sein. Schließlich legte sich herbeigerufene Polizei ins Mittel und sorgte dafür, daß die Frauen sich entfernten. Was für Heimarbeit mag das sein, von der die Frau Ewest in ihrer „Morgenpost“-Annonce spricht?

Städtischer Heringerverkauf.

Am heutigen Tage beginnt in den Berliner Markthallen ein städtischer Verkauf von Heringen und zwar kommen zum Verkauf Sloeffuß zum Preis von 25 Pf., das Stüd, große Fisländer zu 35 Pf., das Stüd und Holländer zu 45 Pf. für zwei Stüd. Die Abgabe erfolgt nur an Berliner Einwohner, die sich durch die weiße Ausweisfarbe für den städtischen Lebensmittelverkauf als solche legitimieren können. Wiederverkäufer, auch Restaurateure, sind vom Einkauf ausgeschlossen. Mehr als acht Heringe dürfen an eine Person nicht abgegeben werden. Der Verkauf findet zu den üblichen Markthallen-Verkaufszeiten statt. Die Verkaufsstände in den Markthallen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Frühjahrschonzeit der Fische. Die von dem Potsdamer Regierungspräsidenten für die Provinz Brandenburg und Berlin festgesetzte Frühjahrschonzeit der Fische auf die Zeit vom 28. April bis zum 9. Juni d. J. hat eine Abänderung erfahren. Um die Bevölkerung hinreichend mit Fischen versorgen zu können, sind statt der bisherigen drei Tage jeder in die Schonzeit fallenden Woche nunmehr fünf Tage zum Fischfang freigegeben worden. Die Fischerei kann somit am Montagmorgen 6 Uhr beginnend bis Sonnabendmorgen 6 Uhr ausgeübt werden. Die diesjährige Schonzeit beginnt demnach erst Sonnabend, den 29. April, vormittags 6 Uhr. Während der nicht freigegebenen Zeit von Sonnabendmorgen 6 Uhr bis Montagmorgen 6 Uhr müssen die ständigen Fischereivorrichtungen in nicht geschlossenen Gewässern weggeräumt oder abgestellt sein.

Kein Verkaufsverbot für weiße Kleider. In gewerblichen Kreisen war das Gerücht verbreitet, daß der Verkauf von weißen Kleidern und Röcken untersagt werden soll. Um Klarheit zu schaffen und beruhigend wirken zu können, haben sich einige der in Betracht kommenden Verbände an das kgl. preussische Kriegsministerium mit der Anfrage gewandt, ob tatsächlich der Erlaß eines solchen Verbots vom preussischen Kriegsministerium oder vom stellvertretenden Generalkommando beabsichtigt sei. Auf diese Anfrage hat nun das Kriegsministerium einen Bescheid dahin abgegeben, daß dort von einem Verkaufsverbot für weiße Kleider und Röcke nichts bekannt sei.

Die Lebensmittelversorgung der märkischen Sommerfrischen. Der Märkische Verband für Fremdenverkehr und Ansiedlung beschäftigt sich am Mittwoch mit der Frage der Lebensmittelversorgung der märkischen Sommerfrischen. Es wurde beschlossen, sich mit der

Zentral-Einkaufsgenossenschaft in Verbindung zu setzen, auch selbständig den Einkauf von Fleisch, Milch und anderen Nahrungsmitteln vorzunehmen und auch mit der Viehwertergesellschaft sich ins Einvernehmen zu setzen. Ein Ausschuss soll also die märkischen Gemeinden mit Lebensmitteln versorgen, und dabei in erster Linie diejenigen Städte und Ortschaften berücksichtigen, die Fremdenverkehr aufzuweisen oder zu erwarten haben. Um einen Maßstab für die Bemessung der erforderlichen Mengen an Lebensmitteln zu haben, sollen die in Betracht kommenden Gemeinden gehalten sein, eine Statistik anzufertigen, die der Zentral-Einkaufsgenossenschaft vorzulegen ist. Es wurde bei den Erörterungen dieser Frage wiederholt darauf hingewiesen, daß es erforderlich wäre, durch den Ausschuss die Versorgung aller märkischer Gemeinden zu regeln, man war sich aber schließlich darüber klar, daß der Ausschuss seine Tätigkeit auf die Ortschaften mit Fremdenverkehr beschränken müsse.

Die Sonntagruhe im Handelsgewerbe.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Nach dem Ortsstatut der Stadt Berlin vom 14. Oktober 1911 dürfen in der Zeit vom 1. Mai bis einschließlich 30. September an Sonn- und Festtagen in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur von 8 bis 10 Uhr vormittags beschäftigt werden; ein Gewerbebetrieb dafelbst nur für diese Zeit zulässig. — Auf den Handel mit Nahrungsmitteln sowie auf den Handel mit Blumen findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Schuhsohlen aus Pappe.

Die Lederknappheit hat den Hauptauschutz des Deutschen Schuh- und Schäftefabrikantenverbandes, der die ersten und größten Firmen der deutschen Schuhwarenindustrie umfaßt, veranlaßt, sich mit Ersatzstoffen zu beschäftigen. Er hat grundsätzlich der Verwendung von Lederersatzstoffen (Pappe) zugestimmt und hierzu folgende Richtlinien aufgestellt: Für die Lauffohle von Straßenschuhen sollen Pappe oder ähnliche minderwertige Ersatzstoffe selbst bei den billigsten Preislagen keine Verwendung finden. Wo das dennoch geschieht, sollte das zur Verwendung kommende Material durch eine deutliche Bezeichnung in der Auftragsabschrift, Rechnung und dem betreffenden Schuh selbst ersichtlich sein. Bei Straßenschuhwerk, dessen Brandsohlen, Hinterklappen oder Absätze ganz oder zum größeren Teil aus Pappe bestehen, ist sowohl in der Auftragsabschrift als in der Rechnung ein entsprechender deutlicher Vermerk zu machen. Bei Abgaben für Straßenschuhwerk hat sich die Verwendung von Ersatzstoffen für die dem Verleiher nicht ausgelegten Flecke hinsichtlich der Haltbarkeit bewährt. Hersteller und Verkäufer dieser Schuhwaren mit Pappsohlen dürfen dabei wohl auf ihre Rechnung kommen, anders aber werden die Käufer solcher Schuhwaren denken. Nicht genug, daß die Leder- und Schulpappreise eine außerordentliche, kaum erschwingliche Höhe angenommen haben, wird oft Ware verkauft, die fast unbrauchbar ist. Uns wurden dieser Tage Kinder- und Frauen- und Männer- und Kinderschuhwerk gezeigt, die der Käufer als echte Leder- und Schulpappreise gekauft hatte, die aber bereits nach dreitägigem Gebrauch entzweielt gingen. Offensibler Betrug wird vielfach auch auf dem Gebiete des Schuhwarenverkaufs geübt.

Liebesdrama in Wilmersdorf.

Großes Aufsehen hat in Wilmersdorf eine Liebestragödie hervorgerufen, die sich in der Nacht zum Donnerstag in dem Hause Duisburger Str. 5 abspielte. Dort gab der Rauschierkellner v. Schlieffen einen Schuh auf seine dort wohnende Braut, die Opernsängerin Claire Haeder ab, der die junge Dame leicht verletzete. Schlieffen verwundete sich selbst schwer durch einen Schuh in den Kopf.

Die Ursache zu dem Schritt Sch's soll darin liegen, daß der noch junge Mann große Schwierigkeiten hatte, seine Braut zu ehelichen, was er versprochen hatte. Auch Selbstmordgedanken spielten eine Rolle.

Einem schweren Unfall erlitt am gestrigen Donnerstag Sanitätsrat Dr. Max Edel aus Charlottenburg. Dr. E. sprang gegen 1/2 11 Uhr vor dem Hause seiner Anstalt für Krankenpflege vom Hinterrand des Triebwagens eines Juges der Linie U, kam dabei zu Fall und geriet mit dem linken Fuß unter den Schwinger, dessen Räder den Hinterhaken zermolmen. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht, wo ihm der verletzte Fuß bis zum Kniegelenk abgenommen werden mußte.

Kleine Nachrichten. Das Opfer einer Kohlenoxydgasvergiftung ist der 61 Jahre alte Wilhelm Götow aus der Lürkerstr. 19 geworden, der in dem Schulgebäude Lüticher Str. 47—48 zur Ausbesserung der Heizung beizog. Die Frau des Schuldieners fand den betagten Mann Mittwoch morgen im Heizraum regungslos mit dem Gesicht auf dem Fußboden liegen. Verbeigerufene Samariter der Feuerwehr machten alsbald Wiederbelebungversuche, jedoch vergeblich. Götow war bereits tot. — In der Nacht zum Donnerstag stießen an der Ecke der Postener und Mariendorfer Straße zwei Straßenbahnwagen zusammen, wobei die Schaffnerin Bergener schwer verletzt wurde. Sie wurde auf der nächsten Unfallstation verbunden und dann in ihre Wohnung geschafft. — Vor dem Hause Stottbuser Ufer 32 wurde ein 73jähriger Knabe von einem Straßenbahnwagen überfahren und sofort getötet. — In der Reichenderger Straße 116 hat sich am Mittwochmorgen eine Frau E. mit Gas das Leben genommen und in der Schwerinstr. 2 stürzte sich eine Frau K. in selbstmörderischer Absicht aus den 4. Stock auf den Hof und war sofort tot.

Die Große Berliner Straßenbahn weist darauf hin, daß die Ausfertigung von Zeit- und Schülerkarten in den Abfertigungsstellen Rosendorferplatz, Kleine Frankfurter Straße 2, Adersstraße 3/4 und Straßenbahnhof Westend, sowie die Markenabgabe in den Abfertigungsstellen Rosendorferplatz und Kleine Frankfurter Straße infolge der abnehmend geringen Inanspruchnahme künftig auf die Zeit von 8—6 Uhr am ersten und letzten Werktag im Monat beschränkt wird.

Aus den Gemeinden.

Aus der Gemeindevertretung Weißensee.

Dem Statut zur Bildung eines Vieh- und Fleischerverforgungszweckverbandes für die Gemeinden Panlow, Niederschönhausen, Schönholz, Heinersdorf, Hohenschönhausen, Marzahn, Malchow, Lindenberg, Karow, Falkenberg, Wartenberg und Weißensee wurde zugestimmt. Dieser Zweckverband übernimmt die Schlachtung und Verteilung des ihnen von dem Brandenburg-Verliner Vieheinlaufsverband zugewiesenen Viehes. Die Schlachtungen selbst werden nicht auf dem Zentralviehhof, sondern in Weißensee vorgenommen, was zum besonderen Vorteil für die angegliederten Gemeinden gereichen soll. Die Versorgung mit Fleisch dient insgesamt für 150 000 Einwohner, für je 10 000 Einwohner ist ein Vertreter und ein Ersatzmann in den Zweckverband zu wählen. Die Wahlen hierzu wurden gleich vorgenommen. — Zugleich wurde einem Milchlieferungsvertrag mit der Milchuranstalt Viktoriapark und dem Kreis Niederbarnim zugestimmt. Die genannte Anstalt übernimmt die tägliche Lieferung von 8000 Liter Milch an den Kreis, die wieder an die einzelnen beteiligten Gemeinden verteilt werden; auf Weißensee entfallen 1/10 der Gesamtmenge, bis auf weiteres will der Kreis 2 1/2 Pf. pro Liter den Gemeinden vergüten, damit diese die Milch 2 1/2 Pf. pro Liter an die Einwohner abgeben können. — Die für 30 Pf. pro Liter an die Einwohner abgeben sollen vom 15. Mai Verpflegungslage des Weißenseer Krankenhauses sollen vom 15. Mai ab wiederum von 8,50 M. auf 4 M. erhöht werden.

Beim städtischen Arbeitsnachweis Neudörfen hat sich im Gegensatz zu den ersten Kriegsmonaten, die ein Uebermaß von Stellengesuchen aufzuweisen hatten — über 2000 Arbeitsuchende im Monat — im verfloffenen Halbjahr Oktober 1915/März 1916 in der männlichen Abteilung ein Mangel an Arbeitskräften geltend gemacht. Für die genannte Zeit fanden nämlich 8099 offenen Stellen nur 2513 Bewerber gegenüber, wobei in 2407 Fällen mit Erfolg vermittelt werden konnte. Umgekehrt liegt das Verhältnis in der weiblichen Abteilung. Hier überwiegt auch jetzt noch die Zahl der Arbeitsuchenden die der Stellenangebote recht erheblich. In dem gleichen Zeitraum wurden insgesamt 7027 Stellenbewerber und 4938 Angebote gezählt, von denen 4206 zur Annahme gelangten. Die Stellennachfrage war in beiden Abteilungen im Oktober und Januar am stärksten.

Soziales.

Eine bulgarische Eiersendung.

Ein Eierimportgeschäft, das verschiedene der Beteiligten nicht befriedigte, hatte ein Nachspiel vor der Kammer 7 des Gewerbegerichts.

Verlagt war der Eiergroßhändler Vithum als Vertreter sämtlicher Berliner Eierimporteure. Diese hatten sich zusammengetan, um eine große Eierlieferung aus Bulgarien, die ihnen von der Zentral-Einkaufsgesellschaft zugewiesen war, auf die einzelnen Großhändler zu verteilen. Wie der Beklagte ausführte, enttäuschten die bulgarischen Eier insofern, als verhältnismäßig viel verdorbene darunter waren. Die Ware mußte deshalb bearbeitet, das heißt, die schlechten Eier mußten ausgetrennt werden. Zu diesem Zweck stellte der Beklagte elf Eierleuchter an. Das sind Spezialarbeiter, welche mit fabelhafter Schelligkeit jedes einzelne Ei vor einer elektrischen Lampe daraufhin prüfen, ob es verdorben oder unverdorben ist und danach die guten von den schlechten sondern. Die Eierleuchter forderten für diese Arbeit einen Tagelohn von 15 M. Der Beklagte wurde mit ihnen auf einen Lohn von 12 M. einig. Er will ihnen bei dieser Gelegenheit gleich gesagt haben, daß es sich um eine vorübergehende Beschäftigung handele und sie nur tageweise engagiert seien. Als die Eierlieferung aus Bulgarien beendet war, wurden die Eierleuchter, die drei Wochen gearbeitet hatten, entlassen. Durch ihre Klage beanspruchten sie je 144 M. Schadenersatz wegen Kündigungserlöses. Sie behaupteten, es sei ihnen nicht gesagt, sie würden nur vorübergehend beschäftigt. Im Gegenteil. Ihnen sei dauernde Arbeit vom Beklagten versprochen und sie hätten deshalb die von ihnen innegehabten Arbeitsstellen aufgegeben. Der Beklagte Vithum stellte es so hin, als ob die Eierimporteure das Geschäft mit den bulgarischen Eiern aus reiner Menschensfreundlichkeit und nicht des Gewinns wegen gemacht hätten. „Wir haben nur einen Nutzen von 8,50 M. pro Kiste gehabt“, sagte der Beklagte. Er entrißte sich über die hohe Lohnforderung der Eierleuchter, die im Frieden einen Tagelohn von 5 M. bekämen. — Darauf rief einer der Kläger dem Beklagten zu: „Sie nehmen ja auch 20 Pf. für das Ei, was in Friedenszeiten 5 Pf. gekostet hat.“ Uebrigens behaupteten die Kläger, für eine Arbeit wie die von ihnen geleistete sei auch vor dem Kriege schon ein Tagelohn von 8 M. gezahlt worden.

Nach längerer Verhandlung kam ein Vergleich zustande, wonach die Kläger je 67,50 M. erhielten.

Berichtszeitung.

Aus dem Danerprozeß.

Die gestrige Verhandlung gegen den Darlehnsvermittler Winkler gab einige Aufschlüsse darüber, wie durch Neppen von Darlehnsuchern Geld verdient wird.

Die Bücher des Angeklagten sind, wie die Verhandlung ergab, sehr schlecht geführt. Die Darlehnsanträge hat er vielfach vernichtet — nach Annahme der Staatsanwaltschaft, um einen Ueberblick über das Geschäft zu erschweren bzw. unmöglich zu machen. Auffällig ist es, daß ein Teil der Kassabücher fehlt; bei zweimaliger Hausdurchsuchung sind sie nicht gefunden worden. Der Angeklagte behauptet, daß alle Bücher vorhanden sein müßten. In einem Buche sind in zwölf Monaten an Einnahmen 98 311 M. verbucht, darunter allein 52 341 M. Vorschusseinnahmen; er hat also 60 Proz. seiner Einnahmen aus Vorschüssen bezogen. Sein Kommanditist, der Oberstaatsanwalt a. D. Dr. Dammann, der als Einlage in Verlagsrecht an einem medizinischen Buch in die Gesellschaft eingebracht hat, war der Geldgeber des Angeklagten und diskontierte diesem die von den Darlehnsuchern gegebenen Wechsel. Der Vorsorgende stellte nach Erörterung mit dem Angeklagten und auf Grund der Behauptungen des letzteren folgende Verrechnung auf: An einem Wechsel über 200 M. verdiente Winkler 6,50 M. und Dr. Dammann 18,50 M. Da nach der Behauptung des Angeklagten er im Laufe eines halben Jahres 210—8000 M. Wechsel diskontierte, verdiente er auf halbe Jahr 7800 M. oder auf ganze Jahr 15 600 M. Dazu kommen noch 40 000 M., die er sonst noch vereinnahmte, so daß sich ein Gesamtverdienst von 55 600 M. ergibt. — Die weitere Entwicklung der Schicksale eines Darlehnsuchers sahte der Vorsorgende dahin zusammen: Der Betreffende wandte sich an den Angeklagten und mußte 4,00 M. Vorschuß zahlen; auf Erfordern mußte er einen Bürgen stellen, für die Erkindung nach dem Bürgen mußte er 2,50 M. zahlen, das sind zusammen 7,50 M. Der Angeklagte empfing dann den verlangten Wechsel, den er sofort diskontierte, der Wechsel aber wartete und wartete vergeblich auf das Geld, er erhielt nichts und wurde schließlich aus dem Wechsel verklagt. Der Angeklagte behauptete, daß dies nur vereinzelt und zu einer Zeit geschehen sei, als das ihm gänzlich über den Kopf gewachsene Geschäft zusammenbrach. Er sei auch dadurch in eine schlechte Lage gekommen, daß Dr. Dammann, der vertragmäßig verpflichtet gewesen sei, ihm die Wechsel zu diskontieren, ihm so gut wie gar kein bares Geld, sondern als Valuta Gegenwechsel gegeben habe, die in kurzer Zeit fällig waren. — Nach Verlesung des zwischen dem Angeklagten und dem Dr. Dammann geschlossenen Vertrages und eines dem Angeklagten inoffiziell charakterisierenden Urteils eines Hamburger Gerichts in einer Strafsache gegen einen Darlehnschwindler, in welcher Winkler als Zeuge vernommen worden ist, wurde die Sitzung auf Freitag vertagt.

Verdorbenes Nahrungsmittel.

Die in Schlächter-, Butter- und anderen Nahrungsmittelgeschäften jetzt so oft beobachtete unfreundliche, mitunter auch grobe Behandlung von Käuferinnen, die eine Beschwerde vorzubringen haben, hat indirekt zu einer Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz geführt.

Der Angeklagte Pransnitzer ist Witinhaber der seit langen Jahren bestehenden Fleisch- und Wurstwarenfabrik A. Moebes Nachfolger in der Dransburger Straße, die einen sehr ausgedehnten Vertrieb hat. Eines Tages kaufte eine Frau in dem Geschäft ein Quantum Schinkenpfe zu dem festgesetzten Höchstpreise unter der ausgesprochenen Voraussetzung, daß der Speck gut und taffellos sei. Dies traf aber nicht zu, denn die Käuferin entdeckte zu Hause, daß der Speck stark mit Waden durchsetzt war. Als sie mit der Ware ins Geschäft zurückkehrte und ihr Geld zurückverlangte, erhielt sie letzteres zwar in Gemäßheit einer vom Angeklagten für solche Fälle allgemein erlassenen Anordnung, zurück; doch konnte es die Käuferin nicht über sich gewinnen, dabei einige recht kränkende Redensarten zu der Käuferin zu unterlassen. Das war der letzteren denn doch zu viel und so erstattete sie Anzeige. Der mit der Revision des Detailgeschäfts betraute Polizeikommissar konnte nun feststellen, daß auch ein zu beanstandender Schinken und neun schlechte Mettmäße sich unter den Vorräten im Laden befanden. Das Schöffengericht hatte daraufhin den Angeklagten wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz verurteilt.

„Uhrfachen.“

Von W. Jesus-Roth.

Am 30. April werden sämtliche Uhren im Deutschen Reich mit einem Schlage um eine volle Stunde vorbringen.

Das war früher, da Telephon und Telegraph nur größeren Orten vorbehalten waren, ganz anders. So entsinne ich mich noch sehr gut der „vormitteluropäischen Zeit“ da oben im Gebirge, das fern der Welt zwischen Mosel und Nahe liegt.

Der alte „Vollschorsch“, der täglich zu Fuß Briefe, Pakete und Geld für sechs Dörfer zu bestellen hatte, war ein braver, nach Kräften pünktlicher Mann, aber seine Uhr ging nie.

Unter Vater richtete sich nach der Sonne. Viertelstundenlang stand er früh mit der Uhr in der Hand und wartete geduldig auf den ersten Sonnenstrahl, der über die Wildenburg herankommen sollte.

Der Nachbarholzer, ein streitbarer und hartnäckiger Tische, den das Leben nach mancherlei Jersfahrten aus seinem noch immer leidenschaftlich geliebten „Prog“ als Seelforger des nächsten Dorfes in unsere Einsamkeit verschlagen hatte, richtete seine Uhr auch nach der Sonne.

Eines Tages wandelten die beiden Herren, wie so oft, eifrig wandernd in den schattigen Gängen unseres Gartens auf und ab, während auf dem Tisch in der Laube in grünen Römern duftend ein blumiger Mosel stand.

„Auch von meinem Onkel möchte ich noch erzählen, der aber nicht in unserer Einsamkeit hauste, sondern in einer recht bewegten Welt lebte. Er war Sekretär bei der Post in einer schönen Stadt am Meer.“

Mein. Sein Verus machte ihm viel Sorgen, und darum liebte er ihn nicht sonderlich. Ein grellschender Briefkasten oder die Aufschrift „Kaiserliches Postamt“ an den bewußten roten Backsteinbauten konnten ihm die Laune verderben, trotzdem er versicherte, daß er diese Dinge von außen immer noch ganz gern sähe.

Kleines Feuilleton.

Lerchenlieder.

Sobiel Tage vor Lichtmeß die Lerche singt, Sobiel später nachher ihre Stimme erklingt.

Die Lerche hat es diesmal wieder wahr gemacht, das alte Bauernliedchen; es gab, nachdem sie sich diesmal zum ersten Male in die Lüfte schwaun, noch eine lange Nachwinterpause.

Den Lerchenfang zu beschreiben ist unmöglich. Und doch zeigt ihr „krauses Lied“ ein gewisses rhythmisches Ebenmaß, bald hören wir harte, wirbelnde Klänge, schwirrend und schrill, bald tiefere, wohl-lautende Töne, stösend und weich, bald einfache Tongebilde, dann wieder lange, kunstvolle, sich häufig wiederholende Strophen.

Von jeher hat das Lied der Lerche den schlichten Naturfreund begeistert, den pflügenden, säenden, erntenden Landmann kann man sich gar nicht ohne den trillierenden Gesellen hoch über ihm in der Luft denken, und so haben auch die Dichter aller Zeiten und Völker die Frühlingsschöne gepriesen.

Selbst mit dem Schlag der Nachtigall hat man den Verdenfang verglichen; „Reihernachtigall“ wird die Sängerin häufig genannt. Man tut jedoch, wie der ausgezeichnete Dresdener Vogelkennner Professor Dr. Martin Braek schreibt, mit solchem Vergleiche unweil.

fernt, um nachzusehen, ob Mare bald käme. Sie nahm für gewiß an, daß Endrik nun endlich zur Tat Mut gefoßt haben werde. Die Mare wollte er ihr hinaus-schießen. Sie hatte erst die Suppe mit Kartoffeln und Fleisch gefoßt und dann den Ramin noch einmal eingebeizt, um einen Kuchen für das Kind zu backen.

Da sie noch immer nicht kam, ging sie ihr entgegen, erst die Krift entlang und dann auf der Landstraße bis nahe an das Dorf heran. Sie setzte sich auf einen schön gewachsenen Baum, nahm ein paar runde Steine auf und fing sie bald mit der Fläche, bald mit dem Rücken der Hand.

Als ihr der eine Kiesel fortgesprungen war und sie sich zurückwandte, ihn wieder aufzuheben, bemerkte sie über dem Hirtenhause den dichten Rauch. Er drang aus dem Schornstein, sobiel von einem solchen stehen geblieben war, aber auch aus dem Dach. Das verwunderte sie doch. Sollte das Holz im Ramin nochmals aufgebrannt sein und solchen Qualm verursachen?

„Herr Jesus — das Haus brennt,“ schrie sie, „das Haus!“ Sie war einen Augenblick ganz wie betäubt, wußte nicht, was sie zuerst beginnen sollte. Dann lief sie ein Ende gegen das Dorf hin und rief: „Rettet, rettet — das Hirtenhaus brennt!“

Schon war die Flamme auch dort bemerkt worden. Einige Anechte und Mägde aus dem letzten Bauerngehöft traten auf die Straße hinaus, zeigten auf das Hirtenhaus hin und schrien: „Feuer, Feuer!“

Wöglich blieb Ilse wie angewurzelt stehen, griff sich mit beiden Händen ins Haar und freischte auf: „Das Geld — das Geld! Das Geld verbrennt! Das Geld!“ Und dann, als ob ein Wirbelwind sie umgedreht und fortgeblasen hätte, jagte sie über die Landstraße fort, durch den Graben, quer über die Felder auf das brennende Haus zu.

„Zu helfen ist da nichts — das alte Ding brennt herunter — im Brunnen wird kaum noch ein Eimer Wasser sein.“ Es war gar keine Hilfe nötig, aber man lief doch, weil man das Mädchen laufen sah. Und im Dorf rief jeder, der in der Ferne den Rauch aufsteigen sah: „Feuer — Feuer!“

Und das hörte auch der Mann, der in der Siebelstube des Krügers sich in Krämpfen wand, auf seinem Schmerzenslager. „Feuer — Feuer!“ Er horchte auf, ächzte: „Feuer — ja Feuer! Die alte Mühle — Feuer!“ und verließ.

Ilse erreichte keuchend das brennende Haus, riß die Tür auf und stürzte in den Flur. Dider Qualm drang ihr entgegen, wälzte sich vom Strohdach abwärts in den schmalen Gang hinein, verhüllte sie in wenigen Sekunden völlig, so daß sie nicht eine Spanne weit sehen konnte und die Augen schließen mußte.

Die Nachfolgenden hatten sie in das Haus laufen gesehen. Man hielt sie für verloren. Zur Löschung des Feuers konnte nichts geschehen. Man mußte sich damit begnügen, mit einer Hakenstange, die am Brunnen lag, das brennende Stroh vom Dach vorn am Giebel herunterzureißen und einige Eimer Wasser durch die Tür in den Gang zu gießen, damit Ilse, wenn sie noch am Leben wäre, den Ausweg frei hätte.

Ilse lebte nicht mehr. In der rechten, kramphast geschlossenen Hand hielt sie ein verfoßtes Leder. Asche fiel heraus und wurde vom Winde über das Gras und die Steine hin verweht. Das war der letzte Rest der alten Mühle von Kraupatischen.

bis zu 5 Lot wogen und ohne weitere Zutaten gebraten werden konnten, nach dem alten Grundlag: alauda ipso suo corpore satia unguitur. So sind die vielen, jetzt durch das Jagdrecht gefährdeten Vögel geblieben?

Drachtlose Telephonie über 9000 Kilometer.

Dem bekannten Erfinder R. J. Pupin, einem russisch-amerikaner, ist es gelungen, eine drachtlose telephonische Verbindung über 9000 Kilometer herzustellen. Das entspricht etwa der Entfernung von New York bis Berlin, so daß mit dieser Erfindung sich die Möglichkeit eines drachtlosen telephonischen Verkehrs zwischen New York und den europäischen Hauptstädten eröffnet.

Schon vor einiger Zeit wurde berichtet, daß ein drachtloses Gespräch zwischen Arlington in Washington und Mare Island bei San Francisco über eine Entfernung von 4300 Kilometer gelungen sei und daß dieses Gespräch auch in der 8800 Kilometer entfernten Großstation auf Hawaii vernommen wurde, wobei allerdings sich Störungen durch die Luftelektrizität in unangenehmer Weise in Form von schiefen Detonationen bemerkbar machten.

Die letzte wichtige Erfindung Pupins war nun die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

Die letzten beiden Erfindungen Pupins sind also die, einen Teilwellenkonduktor zu konstruieren, der zwischen die Gebodantenne und den Empfänger eingeschaltet wird und der nur Wellen von bestimmter Länge durchläßt. Da die atmosphärischen elektrischen Wellen meist von sehr kurzer Länge sind im Vergleich zu denen, die durch den elektrischen Generator in den Raum gesandt werden, so kann man es also jetzt, indem man den Teilwellenkonduktor auf eine bestimmte Länge einstellt, es ermöglichen, nur solche Wellen durchzulassen, die das gesprochene Wort übermitteln, während die störenden Nebengeräusche ausgeschaltet werden.

18] Endrik Kraupatis.

Eine litauische Geschichte von Ernst Wichert.

(Schluß.)

Er ging langsam in den Krug und ließ sich ein großes Glas Brantwein geben. Das nahm er mit auf sein Siebelzimmer. Dort schüttete er das weiße Pulver hinein und rührte die Flüssigkeit mit einem Stahlfederhalter um. Ehe sich die weiße Masse wieder gesetzt hatte, trank er hastig den Brantwein aus.

Und dann trat er ans Fenster und blickte eine Weile unbeweglich hinaus in die Ferne. Er sah über die Stallgebäude des Kruges hin an dem nächsten, von hohen Linden überlagerten Bauernhof vorbei auf die Wiesen und Felder der Dorfschaft. In der Ferne der mattere Streif von Grün war die Weide und hinter ihr zog sich sein Wäldchen lang hin, hier zugleich den Horizont begrenzend. Er erkannte auch das alte Hirtenhaus.

Er dachte sonst an nichts — nicht an ihre Bärtlichkeiten und nicht an ihre Bosheiten, nicht an ihren falschen Eid und nicht an seine Briefstücke mit dem Gelde. Eher an die fünf kleinen Käpchen und wie sie ihnen den Garnsaden mit dem Reppen zuwarf. Seitab, aber nicht weit über Feld war der Kirchturm sichtbar, und wenn er sich zum Fenster hinauslehnte, konnte er auch ein Stück von dem Kirchturme sehen.

Die Mare wird nun schon vorbei sein. Der Wfarrer ist ein guter Mann, er geht gewiß gleich mit ihr — und die alte Frau hat Ruhe zum Sterben. Berta aber — die muß leben für die Kinder. Wenn's erst vorüber ist — das Nächste. . . . So ein liederlicher Mann ist bald vergessen. Und sie wird vielleicht doch sagen: „So ganz schlecht war er nicht. Er hat sich verblenden lassen, ein geringes Unrecht zu tun, und es ist wider seinen Willen ein großes daraus geworden — und dann ist's so Schritt nach Schritt weitergegangen, immer tiefer in die Lüge und Verderbnis hinein. Aber so viel Ehr' im Weibe hat er zuletzt doch noch gehabt.“

„Zu helfen ist da nichts — das alte Ding brennt herunter — im Brunnen wird kaum noch ein Eimer Wasser sein.“ Es war gar keine Hilfe nötig, aber man lief doch, weil man das Mädchen laufen sah. Und im Dorf rief jeder, der in der Ferne den Rauch aufsteigen sah: „Feuer — Feuer!“

Und das hörte auch der Mann, der in der Siebelstube des Krügers sich in Krämpfen wand, auf seinem Schmerzenslager. „Feuer — Feuer!“ Er horchte auf, ächzte: „Feuer — ja Feuer! Die alte Mühle — Feuer!“ und verließ.

Ilse erreichte keuchend das brennende Haus, riß die Tür auf und stürzte in den Flur. Dider Qualm drang ihr entgegen, wälzte sich vom Strohdach abwärts in den schmalen Gang hinein, verhüllte sie in wenigen Sekunden völlig, so daß sie nicht eine Spanne weit sehen konnte und die Augen schließen mußte.

